Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: R. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger'sche Buchhandl. — Hamburg: Hasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. — Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Poissonière und 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorenganse 22.

Nr. 84. Berlin, Freitag den 14. März 1879. 18. Jahrgang.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **franiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Telegraphische Korrespondenz.

(Wolffs Bureau.)

London, Donnerstag 13. März, Abends. Bei prachtvollem Frühlingswetter hat heute, Mittags 12 Uhr, die Vermählung der Prinzessin Margarethe Luise von Preußen mit dem Herzog von Connaught in der Georgskapelle des Windsor-Schlosses stattgefunden. Die Hochzeits-Prozession der hohen Fürstlichkeiten bewegte sich in Staatskarossen vom Schlosse nach der Kapelle. Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Friedrich Karl trat mit ihrem Sohne, dem Prinzen Friedrich Leopold, in die Kapelle ein, Ihre kaiserl. und königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin mit dem Prinzen Wilhelm von Preußen, hierauf der König und die Königin der Belgier folgten, sodann erschien die Königin Viktoria, welche auf einem Haut-pas vor dem Altare Platz nahm. In besonderer Prozession erschien der Bräutigam zwischen dem Prinzen von Wales und dem Herzog von Edinburg als Zeugen, nach ihm die Prinzessin-Braut, geführt von ihrem Vater, Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl, und Sr. kaiserl. königl. Hoheit dem Kronprinzen. Acht Damen aus der Peerage trugen die Schleppe der hohen Braut. Die Trauung verrichtete der Erzbischof von Canterbury. In dem Momente der Segensertheilung ertönten Geschützsalven. Nach der Trauung umarmte die Prinzessin Luise Margarethe ihre hohen Eltern und wurde dann von der Königin umarmt. Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl trug die Uniform des Brandenburgischen Zietenschen Husarenregiments Nr. 3, Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz die Uniform des Pommerschen Kürassier-Regiments Nr. 2. Alle Prinzen waren mit dem Leopoldsorden geschmückt; der König der Belgier hatte den Schwarzen Adlerorden angelegt. Nach dem Schlusse der Trauungsfeierlichkeit fand für die Fürstlichkeiten in dem Dining-room der Königin ein Luncheon statt; für die übrigen Gäste war die Tafel in der Georgshalle hergerichtet. Am Nachmittage siedelte das hohe neuvermählte Paar nach Claremont über. Das Vermählungsfest machte einen ebenso feierlichen wie imponirenden Eindruck.

Versailles, Donnerstag 13 März, Nachmittags. Deputirtenkammer. Langle (Bonapartist) beantragt die Ernennung einer Kommission zur Untersuchung der Vorgänge, welche während der Tage vom 22. bis 27. Februar d. J. für den Börsenverkehr in Fondswerthen von Einfluß gewesen seien. Langle beantragt zugleich für seinen Antrag die Dringlichkeit; die letztere wird mit 323 Stimmen gegen 154 Stimmen abgelehnt. Hierauf begann die Kammer die Berathung des Antrags auf Inanklagestandversetzung des Ministeriums vom 16. Mai 1877. Baudry (Legitimist) beantragt über den bezüglichen Bericht Brisson's die Vorfrage, der Antrag wird abgelehnt. Der frühere Polizeipräfekt Renault (linkes Zentrum) spricht sich gegen die Inanklagestandversetzung der Minister aus, nicht weil er dieselben von jeder Schuld freisprechen wolle, sondern weil politische und soziale Interessen, sowie die Disziplin der Armee der Erhebung einer Anklage entgegen seien.

— Der Berichterstatter Brisson hält die in seinem Bericht gezogenen Schlußfolgerungen aufrecht, beharrt dabei, daß ein Komplott gegen die Republik bestanden habe und beantragt, daß die Minister vom 16. Mai 1877 wegen Hochverraths verfolgt würden. Der Konseilspräsident Waddington spricht sich auf das Schärfste gegen die Minister vom 16. Mai aus und giebt die Richtigkeit der Prämissen in dem von Brisson erstatteten Berichte unumwunden zu, weist aber die daraus gezogenen Schlußfolgerungen zurück. Er wolle keinen Prozeß gegen die Minister, weil ein solcher Verwirrungen im Lande hervorrufen, die zum Schweigen gebrachten Klagen aufs Neue beleben und gegen das Interesse der Republik sein würde. Der Konseilspräsident erinnert an die Reklamationen aus industriellen Kreisen, in denen man verlange, daß die Kammer die Geschäfte diskutiren, von brennenden Fragen sich fern halten, auf jede retrospektive Politik verzichten und vorwärts, nicht rückwärts blicken solle. Der Konseilspräsident erklärte ferner, daß das allgemeine Stimmrecht über den 16. Mai 1877 gerichtet habe und stellte die Vertrauensfrage, indem er sich gleichzeitig an den Patriotismus und den Ebelmuth der Kammern wendete und dieselben aufforderte, den ruhigen und friedlichen Weg zu betreten. (Beifall vom linken Zentrum.) Die Sitzung wurde nach der Rede Waddington's auf kurze Zeit suspendirt.

(Siehe auch Seite 3.)

Amtliche Nachrichten aus dem Reichs- und Staats-Anzeiger.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem königlich belgischen Obersten L'Olivier, Kommandeur des 1. Guidenregiments, dem königlichen Kronenorden erster Klasse; dem königlich belgischen Rittmeister Baron Greindl, Adjutanten desselben Regiments, und dem königlich griechischen Hauptmann im Generalstabe und Adjutanten des Kriegsministers, Georgios Korpas, den königlichen Kronenorden dritter Klasse zu verleihen.

In der Sonnabendsitzung des Reichstages wurde bekanntlich über die Ausgaben für Maßregeln gegen die Rinderpest verhandelt, und begreiflicher Weise konnte dieses Thema nicht behandelt werden, ohne die Mittel, welche nach dem Stande der gegenwärtigen Gesetzgebung gewährt werden, um den Absperrungsverordnungen Achtung zu verschaffen, ins Auge zu fassen.

Wie man weiß, erregte die Behauptung des Reichskanzlers, daß unsere Strafgesetzgebung sich viel zu sehr von der Theilnahme für den Verbrecher, als von der Rücksicht auf den Beschädigten habe leiten lassen, und daß namentlich durch die Herabsetzung des Strafmaßes im Minimum eine dem öffentlichen Interesse schädliche Praxis der Rechtsprechung herbeigeführt worden sei, den Zorn des Abgeordneten Lasker, welchem derselbe in sehr pointirter Weise Luft machte.

Psychologisch interessant war die Aufwallung des Redners insofern, als er eine allgemeine Behauptung bezüglich der in letzter Zeit gepflegten Strafrechts-Theorie und ihrer Verwerthung in der Gesetzgebung sofort auf sich persönlich bezog und, diesem Selbstgefühl entsprechend, sich ebenso persönlich für die Folgen der bemängelten Gesetzgebungs-Politik verantwortlich gemacht fühlte. Wir neiden dem Abg. Lasker diese stolzen Regungen einer Mannesseele nicht, hoffen aber, daß die Partei, welche seiner Leitung folgt, sich auch ihrerseits von der Verantwortlichkeit durchdrungen fühle, welche ihr ihre bisherige gesetzgeberische Thätigkeit aufgewälzt hat und ihr im Reiche um so weniger nachgesehen werden wird, je schreckhafter die Konsequenzen bald in dem einen, bald in dem andern Falle hervortreten.

Im vorliegenden Falle — einer allgemeinen Landeskalamität — klaffte allerdings die Inkongruenz abstrakter juristischer Auffassung und praktischen Bedürfnisses ganz besonders auf, und Abg. Saro (s. dessen Rede in Nr. 80 d. Ztg.") erwarb sich ein besonderes Verdienst, diese Inkongruenz an den Erfahrungen einer langjährigen Praxis nachzuweisen, damit diese Erfahrungen sich speziell auch auf den gerade in Frage stehenden Fall der Seuchen-Einschleppung bezogen.

Jedenfalls wird das Land Gewicht auf das auf eine lange richterliche Praxis gegründete Zeugniß des Abgeordneten Saro legen, welcher nur die „krankhafte" Neigung des Richters, an dem Minimalmaß der Strafe festzuhalten, konstatirt — ohne in dieser Behauptung eine Kränkung des Richterstandes zu erblicken, welcher aber naturgemäß der „humanisirenden" Tendenz folgt, der sich die Gesetzgebung erschlossen hat. Aber wir danken dem Abgeordneten Saro dafür, daß er aus Anlaß eines bezüglichen Vorwurfs auf die seltsame parlamentarische Praxis hinwies: jedes Wort eines scheinbaren Vorwurfs gegen den Kreisrichter mit sittlicher Aufwallung zu reprobiren — aber die Erkenntnisse der höchsten Gerichtshöfe der schonungslosesten Kritik preiszugeben.

Unbezweifelbar wird die Verhandlung vom Sonnabend einen großen und, wie wir glauben, — nachhaltigen Eindruck im Lande hervorgebracht haben, auf welchen wohl auch der Reichskanzler rechnete. Indem wir diese Ueberzeugung aussprechen, sehen wir indeß ab von den Unterstellungen, mit welchen Abgeordneter Lasker bei der Hand war. Wir denken vielmehr nur daran, daß das deutsche Volk sich immer mehr davon überzeugen werde, daß die humanisirenden Tendenzen, von welchen bei der Strafgesetzgebung ausgegangen wurde, in vielfacher Beziehung ebenso weit abführten von der zwingenden Rücksicht auf die realen Verhältnisse, wie auf die rein theoretischen Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet.

Gerade bei der Forderung eines Seuchengesetzes sollte auch die theoretische Neigung einen Impuls geben, sich dahin auszusprechen, daß bei dieser Frage den Bedürfnissen der zunächst interessirten Landwirthschaft mehr Rechnung getragen werde, als der juristischen Abstraktion.

Bei Erörterung der Frage, ob die **Tarifreform-Vorlagen** s. Z. im Reichstage im Plenum verhandelt oder an eine Kommission verwiesen werden sollen, versuchten einige Manchesterläufer den Kniff, die Verwahrung gegen eine Kommissionsberathung so zu deuten, als ob der Reichstag damit zur Endloc-Annahme der Tarifreform gedrängt werden solle. Daran hat im Ernst sicherlich Niemand gedacht, Thatsache ist aber, daß in den Reichstagskreisen, wie wir von vorher erfahren, die Opportunität der Berathung im Plenum von Tage zu Tage mehr Anhänger findet, und daß dieser Vorgang namentlich in den Reihen der volkswirthschaftlichen Vereinigung überwiegend als der zweckmäßigste bezeichnet wird. Zu reiflicher Prüfung der Vorlage ist allerdings auch bei diesem Modus hinlänglich Zeit und Gelegenheit geboten.

Die „Deutsche Landeszeitung" bringt nachträglich einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der **Steuer- und Wirthschaftsreformer**. Wir ersehen daraus, daß wir in Betreff der Rede des Grafen v. Dürkheim nicht ganz richtig referirt haben. In Betreff der Gesbstmachung der Arbeiter hat Redner nicht, wie es hieß, die Vertheilung von Aeckern befürwortet, sondern im Gegentheil darauf hingewiesen, daß viele der bisherigen Vorschläge und Versuche in dieser Richtung, wie die Domainenparzellirungen, vollständig Fiasco gemacht hätten, daß durch die Aufhebung der Erbpachten der beste Weg zur Schaffung lebensfähigen kleinen Besitzes verschlossen sei.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung des **Reichstags** wurde, nachdem sich bezüglich der von dem Abg. Richter angeregten Frage der gesetzlichen Regelung des Tarifwesens noch eine größere Reihe von Rednern geäußert — ohne daß nach Lage der Sache die Debatte zu einem praktischen Antrage kommen konnte, — der Etat des **Reichseisenbahnamts** selbst ohne weitere Diskussion bewilligt. Beim Etat des **Reichskanzler-Amts für Elsaß-Lothringen** wiederholte Abg. Winterer alle Klagen über den angeblich moralischen Rückgang der reichsländischen Bevölkerung, welche indeß aus dem Hause und vom Regierungstisch als unbegründet nachgewiesen wurden. Der Etat des **Reichnungshofes** veranlaßte keine Diskussion; bei demjenigen des **Allgemeinen Pensionsfonds** erklärte der Präsident des Reichskanzler-Amts, daß der lange verheißene Gesetzentwurf, betreffend die gesetzliche Regelung der Unterstützung von Hinterbliebenen bis zur kommissarischen Berathung gediehen sei, daß aber das Einbringen eine Vorlage noch in dieser Session nicht zugelagt werden könne.

Nächste Sitzung Sonnabend (hauptsächlich Etat).

In der sechsten Sitzung der jetzigen Session des **Landesausschusses von Elsaß-Lothringen** ward bei Kap. 9: Erhebung und Kontrolle der Zölle und Steuern; folgender Antrag der Mitglieder Baudry, Grad, North, Dr. Rack und Baron Zorn von Bulach eingebracht:

„Der Landesausschuß sieht mit Befriedigung, daß die Regierung gewillt ist, die Handelspolitik des Deutschen Reiches in einem Sinne abzuändern, der den Interessen der Landwirthschaft und Industrie mehr entspricht, um ihnen die Sicherheit der Ausgleichungen zu gewähren, auf die sie ein Recht besitzen, aber welche ihnen bisher mangelten. Demgemäß spricht er den Wunsch aus, die Reichsregierung möge die Abfassung eines neuen Zolltarifs unter Ausschluß der Klausel von der meistbegünstigten Nation in Erwägung ziehen und beschleunigen."

Nach längerer Debatte ward die Beschlußfassung über die Annahme bis zur folgenden Sitzung ausgesetzt und erfolgte alsdann in nachstehender Fassung:

„Der Landesausschuß begrüßt mit Genugthuung die Annahme eines Wirthschaftsprogramms seitens der Reichsregierung, welches den realen Bedürfnissen der Landwirthschaft und der Industrie Rechnung trägt; er drückt die Erwartung aus, daß die Aufstellung eines neuen Generaltarifs demnächst der Landwirthschaft und der Industrie diejenigen Ausgleichungen gewähren wird, welcher dieselben bedürfen und deren sie gegenwärtig in Wirklichkeit beraubt sind. Der Landesausschuß erneuert bei dieser Gelegenheit den in seiner Sitzung vom 14. Juni 1876 beschlossenen Antrag, die Reichsregierung möge sich bei allen nach Einführung des neuen Generaltarifs abzuschließenden Handelsverträgen der Klausel der meistbegünstigten Nation enthalten, weil diese die Freiheit der Aktion der Regierung einengt und in bedauerlicher Weise verbindert, von den mit ihr unterhandelnden Nationen besondere Vortheile eingeräumt zu erhalten sowie andere Vortheile dafür in Kompensation zu bieten."

Aus den der Annahme vorausgegangenen Verhandlungen dürfte Folgendes hervorzuheben sein: Der Abg. Grad führte aus, daß die Krisis in den Nachbarländern nur einen vorübergehenden Charakter habe, während bei uns keine Aussicht auf Abhülfe besteht, so lange in unserem Zolltarif nicht Ausgleichszölle, die unseren Ackerbau und unsere Industrie mit der Konkurrenz des Auslandes auf gleichen Fuß stellen, Aufnahme gefunden haben werden. Die elsässische Baumwollindustrie beschäftige nahezu 60,000 Arbeiter, so daß 300,000 Personen in derselben ihren Lebensunterhalt finden. Schon jetzt sei eine Anzahl von Fabriken ruinirt oder deren Betrieb nur mit Hülfe fremden Kapitals möglich. Die wirklichen Verluste überstiegen bei weitem noch deren anscheinenden Umfang. Die Fabriken, welche noch im Gange sind, arbeiten mit den Ersparnissen aus der Zeit der Herrschaft des französischen Systems. Diese Ersparnisse schwinden täglich mehr zusammen. Unser Zolltarif begünstigt das Ausland ohne Reziprozität. Wir verlangen keine Prohibitivzölle, nicht einmal verstärkte Schutzzölle im absoluten Sinn des Wortes. Das gegenwärtige Regime schützt die Fabrikate geringer Qualität ausreichend. Wir verlangen lediglich für die feineren Fabrikate, dergleichen die elsässische Industrie zu liefern pflegte, Schutz durch Zölle, deren Höhe Demjenigen des ordinairen Fabrikats entspricht. An Stelle eines einheitlichen Satzes für alle Artikel einer und derselben Gattung von Produkten brauchen wir verhältnißmäßige Sätze, wie sie der französische Tarif kennt. Es kann nichts Gerechtfertigteres geben, als dieses Verlangen. Ein Kilogramm feinen Garnes kostet im Werthe von 12 bis 15 Frcs. zahlt beispielsweise nach dem deutschen Tarif dieselbe Steuer, wie ein Kilogramm grober Waare im Werthe von 2 Frcs. bis zu 15 Centimes. Dasselbe gilt auch von den Geweben. Auf der einen Seite ist der ordinaire Artikel durch einen Zoll von 7 bis 8 pCt. seines Werthes geschützt, während andererseits der Schutzzoll für den feinen Artikel, der mehr Arbeit erfordert, 1 pCt. nicht übersteigt. Unter dieser Ungleichmäßigkeit leidet die elsässische Industrie mehr als die deutsche und ist dadurch hervorgebrachte Druck lastet auf den unteren Klassen der Bevölkerung zum Vortheil der bemittelteren, welche die feineren Fabrikate konsumiren. Sobald der deutsche Zolltarif in dem angedeuteten Sinn auf rationelleren Grundlagen umgeändert sein wird, wird die Lage unserer Industrie sich bessern und werden wir von Neuem die feineren Artikel fabriziren können, welche jetzt das Ausland liefert.

Wir fordern demgemäß bei Abschluß der neuen Handelsverträge einen den Grundsätzen der Vernunft und Billigkeit mehr entsprechenden Zolltarif und den Wegfall der Klausel von den meistbegünstigsten Nationen."

Redner begründet diese Forderung durch den Hinweis auf einen eventuellen österreichisch-deutschen Konventionaltarif, der den elsässischen Weinbauer oder Baumwollspinner, auf Grund jener Klausel, zu Gunsten Frankreichs und Englands benachtheiligen würde.

Mitglied Rechlin erinnert daran, daß schon in einer früheren Petition ein ähnliches Verlangen ausgesprochen worden sei. Die Nichtbegünstigungsklausel sei im Elsaß ganz und gar nicht am Platze. Jeder Handelsvertrag zwischen zwei Nationen beruhe naturgemäß auf einer Reihe von Konzessionen, welche man sich gegenseitig mache. Solche Konzessionen würden durch die fragliche Klausel vollständig ausgeschlossen. England sei das einzige Land, das aus der Anwendung der Klausel Vortheil ziehen kann. Gewisse Industriezweige liegen in Folge dieser Klausel vollständig darnieder. Er kann daher den Antrag und speziell den Passus bezüglich der fraglichen Klausel nur befürworten.

Die schließliche Annahme erfolgte ohne weitere Debatte.

Der Brandenburgische Provinzial-Landtag

In der gestrigen (Donnerstag-) Sitzung des Brandenburgischen Provinziallandtags beschäftigte sich derselbe in längerer Berathung mit der Aufstellung eines neuen einheitlichen Reglements für die Land-Irrenanstalten des Provinzialverbandes von Brandenburg. In dem Entwurfe sind, wie der Landsyndikus Gerhardt ausführte, sorgfältig solche Bestimmungen vermieden, welche der künftigen Gestaltung der Irrenpflege in der Provinz präjudiziren möchten. Auch in den verschiedenen Verhältnissen sollen die Irrenanstalten der Provinz vorzugsweise den Zwecken der Landarmenpflege dienen, d. h. zur Heilung und Pflege solcher Geisteskranken, welche der öffentlichen Fürsorge anheimfallen. Aber zur umfassenderen Durchführung ihres Hauptzwecks sollen sie sich noch weniger als vordem auf die hülfebedürftigen Kranken beschränken, vielmehr allen Provinzialangehörigen nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen zur Mitbenutzung

---

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.
12 Berlin, den 14. März 1879.

Das goldene Kalb.*)

Roman in sechs Büchern
von
Dr. Rud. von Gottschall.

Erstes Buch.

(Fortsetzung.)

6. Kapitel.

In der Waldschenke.

Der Partie nach der Weidenmühle hatte allein von allen Schloßbewohnern Sintenis nicht beigewohnt, er hatte gerade am Mittag ein geheimnißvolles Billet erhalten, das ihn sichtliche Aufregung versetzte, eine Einladung zu einer Begegnung in der Waldschenke, dem einsamsten Ort der ganzen Gegend. Wenn er in seinen wilden Humor war, so liebte er es, hier mit den Holzfällern und Waldläufern umherzuschweifen und sie mit einer in der Rocktasche mitgebrachten Flasche Cognac zu erquicken. Doch durften ihm diese Wanderungen nie unbequem werden, denn vor jeder Art von Ermüdung hatte er eine heilige Scheu. Wenn sich gute Freunde aus früheren Zeiten aus irgend einem Grunde in seine Nähe drängten, so bescheid er sie noch der Waldschenke, hörte dort ihr Anliegen an und verplauderte mit ihnen die Zeit. Auch heute hatte sich ein guter Freund angekündigt, der mit diesem verschwiegenen Schlupfwinkel schon vertraut war und schon einmal hier mit Sintenis ein geheimes Stelldichein gehabt hatte.

Daß dieser gute Freund eigentlich eine gute Freundin war: darüber hätten uns die Selbstgespräche des wandernden Hauslehrers nicht in Zweifel gelassen.

„Was sie nur wieder von mir verlangt! Alles spät sie aus; sie hat gewiß den Tod des Freiherrn erfahren und wie der Blitz ist sie hier; sie kommt mir vor, wie die Leichenräuberinnen auf dem Schlachtfelde; da will sie wieder mit ihren Harpyenkrallen Gold, Hab und Gut zusammenscharren und in ihre Kisten und Kasten einheimsen. Sie erinnert sich ihrer Freunde stets zur rechten Zeit: darin hat sie ein ganz besonderes Geschick. Es ist der Fluch meines Vaters, daß ich mit dieser Frau in so schwerlöslichen Beziehungen gerathen bin.

Sintenis wandte sich bei diesen Gedanken ärgerlich um; der Rückblick auf das sonnige Thal erfreute ihn nicht. Mit seinem prächtigen Wallfahrthut, der ihn bei allen seinen Wanderungen begleitete, wüthete er gegen einige Königskerzen, die hier in stattlichen Reihen sich stolz erhoben und schlug ihre Blüthenkronen herunter. Dann setzte er sich an einem weichen, schattigen Plätzchen unter der Eiche hin, blickte zerstreut in die Ferne und war so in Gedanken versunken, daß er's nicht einmal merkte, welcher mühsamen Arbeit er sich hingab, indem er mit seinem Stock die dicht am Boden blühende Silberdistel sammt dem Wurzelgeflecht aus der Erde zu graben suchte.

„Es gab Augenblicke im Leben, wo ich die Venus für das Ideal des Weibes hielt und ihren olympischen Hauch zu verspüren glaubte in dem göttlichen Ebem der weiblichen Schönheit. Allmälig gewöhnte ich mich daran, in den herumwandelnden Frauengestalten nur die zerstückelten Glieder der Göttin zu erblicken, doch man kann sich auch noch an den Trümmern eines Tempels erfreuen. Jetzt aber vergleiche ich sie in mißmuthigen Gedanken mit den Hexen in Macbeth. „Schön ist häßlich, häßlich schön!" Das ist der Zauberspruch, der auf sie paßt; ihre nichtsnutzige Seele macht jeden ihrer Reize häßlich, es sind Transparente, in denen verfohlende Lichter glimmen! Besonders die eine Hexe in Macbeth hat eine verzweifelte Aehnlichkeit mit meiner guten Freundin; sie kommt im Geld nachgeschwommen! Zu Grunde geht sie gewiß nicht, wo hundert Andere längst von den Fluthen verschlungen worden wären."

Sintenis trocknete sich den Schweiß ab; die Silberdistel hing trotz aller seiner Bemühungen noch im Erdboden fest; er hatte gearbeitet, ohne es zu wollen.

Er warf noch einen Blick auf die offene Landschaft, die bei der nächsten Wendung des Weges verschwand; denn der düstere Wald empfing ihn jetzt von allen Seiten.

„Seitdem ich in den Hexen in Macbeth das Urbild der Frauen erblicke, bin ich auch überzeugt, daß die Frauen eigenwüchsiger sind als die Männer. Wir tragen das Hauptprinzip, sie sind mehr mit der Materie verwachsen. Sobald die Lüge der Jugend und Schönheit verschwunden ist — und das geht oft so rasch, wie man die Kronenblätter von der Maiblume bläst: da bemächtigt sich der Erdgeist dieser schönen Gestalten, und sie flammern sich an den schnöden Besitz, an das gleißende Metall, das nicht mehr der Schmuck ihrer Reize ist, sondern eigenen Werth und alleinigen Werth für sie hat. Die Rheingoldnixen werden allmälig zu Rheingoldhexen: ich von die schönen Träume, die Engels- und Madonnengesichter, welche die alberne Zeit der ersten Liebe mit ihrem verklärenden Schimmer beglichen! Ach, daß diese bisher goldenen Heiligenscheine! So vielen Loreley's wird der goldene Kamm viel wichtiger als das goldene Haar. Hexen, alles eigennützige Hexen!"

Der Fußpfad führte jetzt hinab in eine ganz enge Schlucht, die von Gebüsch und Waldbäumen wild überwachsen war. Kaum konnte er aus dem tiefen Schatten die gleichsam aus dem Felsen herauswachsende Waldschenke erkennen.

Auf einer Moosbank vor derselben saß ein schlankes Weib. Wer das Bild derselben nach den Hexenphantasien des Hauslehrers entworfen hätte, wäre sehr getäuscht worden bei dem Anblick der schlanken, edeln Gestalt und den blonden Locken, die üppig auf die Schultern herniederwallten. Freilich, es war ein Nachkommer der Schönheit; das merkte man an einzelnen Falten auf der Stirn und an einigen scharfeingegrabenen Zügen; doch für den flüchtigen Blick war der Eindruck der ganzen Erscheinung noch ein jugendlicher; ihre Bewegungen hatten eine verführerische Anmuth; sie hatte das jierlich Schlangenhafte, das gefällig Gleitende, welches Goethe den venetianischen Lacerten nachrühmt. Und hierin lag gerade noch ihre aufrichtige unverfälschte Jugendlichkeit; was ihre Züge betrat, so war eine kundige Nachhülfe nicht zu verbergen, welche mit Farbentönen aus der Schminkküche das Scharfe zu mildern suchte. Auch ihre schlanke Taille war das Werk einer, lange Jahre hindurch geübten Kunst; die Schnürbrust hatte ihr Wunder gethan.

Als Sintenis über die Brücke des Waldbachs zur Schänke schritt, erhob sich die stattliche Dame und ging ihm entgegen. Beide begrüßten sich mit einem Kuß, der indeß die Kühle verwandschaftlicher Küsse hatte.

„Es ist mir hier draußen zu heiß, Luise", sagte der Hauslehrer, indem er sich den Schweiß abtrocknete, „wie feuchter Moder haucht es von diesen Moosfelsen hierneben. Setzen wir uns drin auf die Bank."

Sie traten unter der niedern Thür ins Haus: ein kleiner buckliger Gnom, der hier die Wirthschaft besorgte, brachte ein Stangenglas mit einem Liqueur, der sich keiner westindischen Herkunft rühmen konnte. Sintenis liebte eine derartige Erquickung, seine Freunden erfrischte sich mit Zuckerwasser. Der kleine Gnom beobachtete sie mit boshaften Blicken; denn sie hatte nur für das Wasser einige Pfennige Trinkgeld bezahlt, den Zucker aber in der Lasche mitgebracht.

„Du siehst, Luise", begann Sintenis, „ich bin noch so folgsam wie immer; einige Zeilen von Dir genügten, mich in diese Wildniß zu sprengen; ich gehorche Dir wie ein Bandit in den Abruzzen der Pfeife des Räuberhauptmanns".

„Ich sehe daraus nur", sagte die Dame mit sanften schmeichelnden Worten, ohne sich durch den letzten Vergleich sonderlich gekränkt zu fühlen, „daß unsere Freundschaft noch dieselbe geblieben ist".

Sintenis leerte mit einem leisen Seufzer sein Stangenglas.

„Eine Freundschaft aus der Ferne", sagte er vor sich hin, „ist etwas erträglicher."

„Es ist wahr," meinte Luise, „in der Nähe stören die verschiedenen Lebensgewohnheiten."

„In der That, ich konnte es nicht ruhig mit ansehen, wenn Du alles Geld verschleudertest, nur um Deinen Launen und Neigungen nachzugehen und einem grenzenlosen Luxus zu fröhnen; wie Du selbst Dein Kapital, Dein Erbe angriffst, um irgend ein glänzendes Souper feiern, irgend einen Prachtartikel zu einem Luxusladen kaufen zu können. Mir aber ist es Bedürfniß, Ersparnisse zu schonen, Neues zu sparen, vorsorglich der Zukunft zu gedenken."

„Du bist eben geizig, Luise," sagte Sintenis.

„Das bin ich nicht," erwiderte die Freundin, zornig aufbrausend, und ihr Ton hatte auf einmal Kraft und Fülle; sie beherrschte überhaupt eine ganze Skala von Tönen; doch schnell einlenkend rief sie fort mit sanftesten Stimme, wie sie einschmeichelnde Ueberredung liebt: „Doch wir wollen uns keine Vorwürfe machen, die Naturen sind eben verschieden. Du liebst einmal den großen Lebensstyl, das Glänzende, Prunkvolle, ich bin bescheiden. Und das Schicksal scheint Dich und Deine Wünsche zu unterstützen. Du bist in eine Lebenslage gekommen, wo die Freigebigkeit der großen Herren auch ausschweifende Neigungen zu befriedigen vermag; wo es sich um Millionen handelt, da achtet man nicht die Tausende, die als Späne von der Hobelbank fallen."

Sintenis trillerte ein Lied vor sich hin.

„Und was ist eigentlich Dein Wunsch, Luise? Was verschafft mir das Vergnügen dieser Zusammenkunft?"

„Du warst doch ein Freund des alten Barons, der langjährige Lehrer und Erzieher eines Sohnes; es ist doch kein Zweifel, daß er Dich in seinem Testamente bedacht hat. Gleich bei seinem Tode war dies mein erster Gedanke. Ich konnte ihn nicht, ich war zu keiner Trauer ihm gegenüber verpflichtet; doch es ist begreiflich, daß ich an Deinem Schicksal lebhaften Antheil nehme."

„Ich danke Dir dafür", sagte Sintenis sehr gleichgiltig, indem er mit den Fingern auf den Tisch trommelte.

„Ist das Testament schon eröffnet?" fragte Luise mit einem entschiedenen Ton; sie vergaß über ihrem Antheil an der Sache selbst den Zauber der Einkleidung, der ihr sonst zu Gebote stand.

„Heute Vormittag", erwiderte Sintenis.

„Und Du, und Du?" fragte Luise hastig.

„Ich bin nicht ganz leer ausgegangen."

„Das wußte ich! Und deßhalb komme ich als eine Bittende."

(Fortsetzung folgt.)

*) Nachdruck ist verboten.

offen stehen. Sie sollen als Sanitätsanstalten zugleich Provinzialanstalten sein. Ihr Hauptzweck ist — abgesehen von der Pflege und Besserung der sogenannten geistkranken Geisteskranken — die Heilung der heilbaren Geisteskranken, daneben können sie, soweit die räumlichen Verhältnisse es gestatten, die Pflege unheilbarer nicht gefährlicher Geisteskranken, welche einer Anstaltspflege bedürftig sind oder doch in ihrer Umgebung ausreichende Fürsorge nicht finden, dienen, und auch hier vorzugsweise für die hülfsbedürftigen Kranken. Zur Förderung dieses Hauptzwecks, und um insbesondere auch die Kranken im Interesse ihrer Heilung möglichst bald nach der Erkrankung den Anstalten zuzuführen, ist die Annahme möglichst erleichtert, Bedacht genommen auf die Erhaltung ihrer Bewegungslage, und ist endlich abgesehen worden von der Geldesmachung des Erbrechts auf den Nachlaß der in den Anstalten Verstorbenen. Das Reglement wurde genehmigt. — Hierauf folgte die Berathung über das Taubstummen-, Blinden- und Idiotenwesen. Anfrage des Landtages war an, die Ungleichheiten zu beseitigen, welche in der Beteiligung der Provinzialverbände an den Kosten des Taubstummenwesens in den verschiedenen Theilen der Provinz bestehen. Zu dem Ende wurde eine grundsätzliche Regelung vorgenommen, durch eine Festsetzung darüber, in welchem Umfange und unter welchen Bedingungen die Kosten der öffentlichen Fürsorge für taubstumme Kinder von dem Provinzialverbande der Provinz über nommen werden. — Schließlich beschäftigte sich der Landtag mit der Vorlage des Ausschusses, betreffend die Betheiligung der Provinz Brandenburg an der Stiftung der goldenen Hochzeit des Kaiserpaares.

Die Anträge des Ausschusses gehen dahin: der Landtag wolle beschließen:

1. den Provinzialausschuß zu beauftragen, in Veranlassung der am 11. Juni d. J. zu erhoffenden Feier der goldenen Hochzeit Ihrer kaiserlichen und königlichen Majestäten Allerhöchstdenselben in geeigneter Weise die Gefühle dankbarster und unverbrüchlichster Hingebung vorzutragen, welche die Herzen der getreuen Brandenburger an diesem festlichen Tage besonders bewegen werden;

2. um im Sinne Ihrer kaiserlichen und königlichen Majestäten dem seltenen Feiertage ein dauerndes Denkmal zu setzen, aus den zum Kapitalfonds genommenen Ersparnissen der Verwaltung einen Betrag bis 250,000 ℳ zur Begründung einer Provinzial-Taubstummenanstalt zu widmen, welche, falls Ihre Majestäten es genehmigen, den Namen „Wilhelm-Augusta-Taubstummenanstalt der Provinz Brandenburg" führen soll;

3. den Provinzialausschuß zu ermächtigen, ausgedrückten Wünschen entsprechend, mit den Land- und Stadtkreisen der Provinz über deren Betheiligung an der Stiftung durch Bezeichnung von Freistellen für ihre Angehörigen in Verbindung zu treten und Abkommen zu treffen;

4. den Provinzialausschuß zu beauftragen, die Pläne und Anschläge für den Bau und die Einrichtung der Anstalt dem nächsten Provinziallandtage vorzulegen, auch, sofern dies vorher erforderlich sein sollte, den Ankauf eines geeigneten Grundstücks zu bewirken.

Landesdirektor v. Levetzow führte hierzu Folgendes aus: Das ganze Land steht in freudiger Erwartung dem Tage entgegen, an welchem mit Gottes Hilfe unser Kaiser- und Königspaar und die hohen Angehörigen unseres Königshauses eine seltene Familienfeier, das Land ein nationales Fest begehen werden. Allgemein bekannt ist der Wunsch Ihrer Majestäten, daß Privatpersonen, Korporationen und Kommunalverbände nicht durch festliche Gepränge und durch Darbringung von Geschenken an die Allerhöchsten Personen, sondern durch Werke der christlichen Liebe, der Wohlthätigkeit und der Pflege des Gemeinwohls diesen Tag auszeichnen möchten. Der Provinzialverband, welcher zur Förderung von gemeinnützigen Einrichtungen besonders berufen ist, hat an erster Stelle Veranlassung, den Wünschen Ihrer Majestäten nachzukommen. Auf den durch die Gesetzgebung ihm überwiesenen Gebieten hat er zwar schon bisher einen Jeden mindestens insoweit sich angenommen, als er hierzu verpflichtet ist. Darüber hinaus bleibt ihm noch manches zu thun, was eine Wohlthat für Viele sein, der Provinz zum Segen gereichen würde. Wahrend der Landarmen- und Irrenpflege Provinzialanstalten für normale Zeiten in ausreichender Zahl gewährt sind, während Provinzialhäuser da sind für Siche und für arme Kinder, welche der elterlichen Erziehung entbehren, hat bisher für die Ausbildung von Taubstummen, Blinden und Idioten nur in beschränkterer Weise gesorgt werden können. Es würde deshalb durch Errichtung einer solchen Provinzialanstalt einem dringenden Bedürfnis abgeholfen werden.

Die Anträge fanden ohne Debatte einstimmige Annahme.

Der Oberpräsident Dr. Achenbach nahm sofort Veranlassung, dem Landtage für diesen patriotischen Beschluß schon jetzt namens der Staatsregierung seinen Dank zu sagen.

Aus Berlin.

Kommunales und Lokales. * Die gestrige öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung eröffnete der Vorsteher Dr. Straßmann um 6 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Die städtischen Behörden haben dem Feldmarschall Grafen Moltke, der bekanntlich Ehrenbürger der Stadt Berlin ist, aus Anlaß eines 60jährigen Dienstjubiläums eine Glückwunschadresse zugestellt. Es ist darauf folgende Antwort eingangen:

„Berlin, 10. März 1879.

Ew. Hochwohlgeboren haben im Namen der Reichshauptstadt aus Anlaß meines Dienstjubiläums mir Worte des Wohlwollens und der Anerkennung ausgesprochen, die mich freudig erregen. Ich wünsche von Herzen das Blühen und Gedeihen der mächtigen Stadt, welcher ich als Mitbürger angehören die Ehre habe. Möge in dem Kampfe der Meinungen und der Interessen, welcher unsere Zeit so lebhaft bewegt, der Friede zu Kaiser und Reich uns Alle zu Einigkeit und Frieden führen.

Graf Moltke.

An
den Oberbürgermeister hiesiger Haupt- und Residenzstadt, Herrn v. Forckenbeck, Hochwohlgeboren."

Der Ausschuß zur Vorberathung der Polizeiverordnung, betreffend den Wagenverkehr in den Straßen, hat sich konstituirt und Stadtv. Paetel zum Vorsitzenden, Stadtv. Eger zum Stellvertreter gewählt. Wenn hat bei der Ausschuß für den Abschluß eines neuen Vertrages mit der großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft konstituirt und Stadtv. Wulffhein zum Vorsitzenden, Stadtv. Scheibling zum Stellvertreter gewählt. — Alsdann begann die mehrstündige Etatsberathung. Dieselbe begann mit den allgemeinen Grundsätzen zu dem Normalkriegs-Etat pro 1. April 1879—85, sowie mit der Berathung dieses Etats selber. Längere Debatten erregten die allgemeinen Bestimmungen für die Beamten und Lehrerinnen nach den Beschlüssen des Etatsausschusses. Namentlich gegen die auch vom Stadtschulrath Dr. Cauer acceptirte Erhöhung der Pflichtstunden der Lehrer an höheren Lehranstalten von 30 auf 32 wöchentlich. Mit dieser Erhöhung sind die königlichen Anstalten bereits vorgegangen, die oberste Schulbehörde hat sich damit einverstanden erklärt und nach Ansicht des Normaletats-Ausschusses liegt kein Grund vor, daß die Stadt Berlin ihre Lehrer besser stellt, als die Lehrer an den königlichen Anstalten, umal die Ueberbürdung der Lehrer nicht darin liege. Die Herren Dr. Dielitz und Professor Schwalbe verfochten mit großem Eifer die Rechte der Lehrer, die durch solche immer höher gehende Hinaufschraubung der Zahl der Pflichtstunden zu Lohnarbeitern herabgewürdigt und pekuniären und intellektuellen Schaden leiden würden. Trotzdem schloß sich die Versammlung mit großer Majorität der Erhöhung der Pflichtstunden an. Bei den Bestimmungen für die Lehrerinnen wurde die Altersgrenze der Anstellungsfähigkeit von 35 Jahren wesentlich herabgesetzt, indem bestimmt wurde, daß Lehrerinnen, welche nicht schon anderweitig Kommunaldienste eingestellt sind, an den Mädchen-Kommunal- und höheren Schulen in Zukunft nicht angestellt werden dürfen, wenn sie das 30. Lebensjahr überschritten haben. Für die bis 1. April 1879 angegirten Hilfslehrerinnen und Anwärterinnen soll die bisherige Altersgrenze von 35 Jahren bestehen bleiben. — Aus Ersparnißrücksichten wurde ferner beschlossen, das Verhältniß der von Lehrerinnen zu versehenden Mädchenklassen etwas größer anzunehmen. Es wurde deßhalb festgesetzt, daß in Zukunft im umgekehrten Verhältniß zu jetzt 1/3 aller Mädchenklassen von Lehrerinnen und 1/3 von Lehrern versehen werden sollen. — Mit der Erledigung der allgemeinen Grundsätze wurde um 8½ Uhr die weitere Berathung des Normaletats wegen zu vorgerückter Zeit zurückgestellt und die Versammlung ging zur Erledigung einiger unbedeutender laufender Sachen über.

* Am Montag, den 10. März, hielt der Fabrikant Hessel im Andreasplatz-Bezirksverein einen Vortrag über „die Unterstützung der Industrie durch die Hohenzollern." So wie Deutschland nie eine festgeschlossene politische Einheit erreicht habe, so führte der Redner aus — sei es auch auf gewerblichem und handelspolitischem Gebiete bis zur Begründung des Zollvereins nie zur Einheit gekommen. Wenn wir auch im Süden und Westen Deutschlands während der Zeit des Mittelalters große Gewerbthätigkeit verzeichnet finden, so gingen doch andere Gebiete leer aus; schon dadurch, daß die Handelsmacht, welche die Hansaeten bildeten, auf ihr Hinterland, seine Rücksicht nahm und zu nehmen brauchte; wir finden sogar in den Schriften Luthers Klagelieder über diesen Zustand. Der dreißigjährige Krieg brachte die volle gewerbliche Zerstörung. Im Jahre 1640 trat der große Kurfürst die Regierung seines vollständig verwüsteten Landes an. Wenn man ihn als rastlose Thätigkeit dieses jungen Monarchen studirt, so müßte man sagen, daß in demselben für Brandenburg und Deutschland eine neue Sonne aufging, denn dieser große Fürst brachte nicht nur das deutsche Schwert, sondern auch die deutsche Arbeit, wenngleich durch fremde Lehrmeister, zu Ehren und Ansehen. Redner weist dies aus der Geschichte nach. — Unter König Friedrich I. wurden die Grundsätze des großen Kurfürsten weiterdurchgeführt. Der höchste Förderer aller Gewerbthätigkeit jedoch war König Friedrich Wilhelm I. Wenn ich auch zugeben muß, daß dieser große Hohenzoller sich sehr drastischer Mittel bediente, so muß doch zugestanden werden, daß die großartigsten staatsbildenden Ideen die Ursache solcher Mittel waren. Wenn ich Ihnen mittheile, daß Friedrich Wilhelm I. eines schönen Tages das Edikt erließ, nach welchem bei 100 Thalern Strafe, binnen acht Monaten sich kein Stück baumwollenes Zeug mehr vorfinden dürfe, wenn ich Ihnen weiter erzähle, daß den Bürgers- und Bauerfrauen die Tragen und baumwollenen Kleider vom Leibe heruntergeschnitten wurden, dann werden Sie sich vielleicht nicht, wenn freihändlerische Schriftsteller diesen großen König unliebsam behandeln. Ich werde Ihnen, meine Herren, jedoch die Ursache davon erklären. Seit hundert Jahren hatte sich eine englische Aktiengesellschaft, genannt „Ostindische Handelskompagnie" durch alle erlaubten und unerlaubten Mittel in einem großen Theil von Indien festgesetzt. Diese Handelsgesellschaft brachte in ganzen Flotten indische Baumwollenwaaren nach Europa; in England selbst durfte keine Elle solcher Waaren verkauft werden; dieses Land wollte seine schon mächtig gewordene Industrie nicht fortschreiten lassen. Hatte da Friedrich Wilhelm I. nicht Recht, daß er seine Spinner, Weber, Färber, Appreteure, Flachsbauer Wollzüchter vor einem sicheren Untergang schützte, die zwei Industrien Wolle und Leinen, welche den Wohlstand vom damaligen Preußen bildeten, zu erhalten suchte? Nachdem der Vortragende noch nach mehreren Seiten hin beleuchtet, wie die Barbarei der Sitten durch Kriege, wie ferner die Landesvertheidigung auf die beste Weise organisirt war, so meinte er, daß diesem Könige ein Denkmal gebühre, wenn auch nicht mit dem Steges-Lorbeer, so doch als Erzieher seines Volkes. Friedrich der Große befolgte die wirthschaftlichen Grundsätze seines großen Vaters. Wenn auch kein Wort darüber geschrieben stände, so könnte man dies schon daraus schließen, daß die Schlesier so schnell gute Preußen geworden waren; schon im siebenjährigen Kriege konnte der König sich auf die Schlesier verlassen, wie auf seine treuen Brandenburger und Preußen. Das war die Folge davon, daß sie in Preußen in ihrer Arbeit geschützt wurden. — Redner verliest eine lange Reihe von Städten aus den östlichen Provinzen, welche zu jener Zeit bedeutende Industrien gehabt hatten. Leider war der Grundsatz, die vaterländische Industrie zu schützen, nicht ins Wolf gebrungen; viele Zeitgenossen sahen diese großen Pläne ihrer weitblickenden Monarchen als eine Qual an. Auf den Hochschulen begann Adam Smith zu lehren. So kam es, daß man nach 1815 das bisherige handelspolitische System aufgab. Eichhorn, Maaßen führten ein System ein, in welchem gesagt wurde, die Zölle dürften nicht über 10 pCt. nach dem Werthe normirt werden; in vielen Artikeln ging man bedeutend darunter, Eisen und Leinen wurden dem englischen Export preisgegeben. In einem Zahrzehnt war die ganze Industrie in den östlichen Provinzen so gut wie verschwunden. Diese Zölle entsprachen nicht einmal der Verschiedenheit der Entwickelung unserer und der englischen Industrie, ihrer Handarbeit, in England Dampfkraft, mechanische Spinnerei und Weberei. Dazu gab England noch große Ausfuhrprämien. Wo die Engländer mit ihren Schiffen herauskommen konnten, da glichen die Ersteren einem rauhen, eisigen Nachtfrost im Mai, welcher alle jungen Triebe vernichtete. Redner beleuchtet nun die Gründung des Zollvereins, die besseren Tarife von 1834 und 1845, die Einführung des Eisenzolls. Dadurch kam die Industrie, soweit dieselbe wegen der Entfernung von der See durch die Engländer noch nicht hatte erdrosselt werden können, wieder empor. Wir bauten ein stolzes Eisenbahnnetz für deutsches Geld, Milliarden wurden dem Auslande geliehen; das waren die Segnungen genannter Partei. Selbst die Getreidezölle, welche 1827 eingeführt wurden, hatten die Folge, daß ihr Getreidebau in wunderbarer Weise entwickelte; derselbe erlitt die Vernichtung unserer Bedeutung erst vorauß, so daß wir alljährlich 8 Millionen Scheffel exportiren konnten. Kaum hatte aber Oesterreich im Jahre 1853 das Recht, sein Getreide frei auf unsern Markt zu bringen, so fiel der Export 2 Millionen Scheffel; jetzt importiren wir jährlich 27 Millionen Zentner. So ist Dank des freien Imports der Getreidebau immer weiter zurückgegangen. Meine Herren, wir können noch genug Getreide bauen, das beweisen uns die Provinzen, in denen Industrie und Landwirthschaft bei einander wohnen; dort hat sich der Getreidebau seit 40 Jahren um das Doppelte bis Vierfache gesteigert. — Wir haben riesige Salzlager, so daß wir den Engländern die Soda nicht abzukaufen brauchen. Wir können wieder gutes Papier machen, wenn wir unser gutes Material im Lande behalten. Wir sind nicht mehr in der Lage wie im vorigen Jahrhundert, sofort, wenn ein Schaden erkannt wurde, durch ein königliches Edikt gerettet werden zu können; dafür wird durch die allgemeine Noth auch eine gründliche Erkenntniß ins Volk dringen. Das dies bald geschieht, dafür bürgt uns der Geist der Hohenzollern. (Großer Beifall.) Bei dem folgenden Gastmahl bemerkt der Redner Mauel, er sei nicht direkt weder am Schutzzoll, noch am Freihandel betheiligt; soviel aber müsse er sagen, wenn er das Elend sehe, so thun ihm seine Mitbürger leid. Schließlich komme auch für ihn selbst der Schaden, denn, wenn sonst die Eltern ihren Kindern Privatunterricht geben ließen, so brauchen sie heute ihr Geld zu Brod. Der Redner sagt, man bemerkt, daß es nicht radikaler Freihändler sei; zu solchen Schutzzöllnern wie Herr Hessel könne er nicht halten, derselbe wolle gar die Universitäten abschaffen. Es gäbe noch Industrien, welche sich durch die Intelligenz erhalten haben, z. B. die Konfektion. Wenn er 3 Stunden Zeit hätte, so würde er dem Vortragenden jeden einzelnen behaupteten Satz widerlegen. Redner Kuppel freut sich, heute mit Herrn Goldmann Schulter an Arm gehen zu können; derselbe gestehe ja heute schon jeder notheidenden Industrie Zölle zu; jetzt leiden alle Industrien, mithin seien wir einig. Herr Hessel verwahrt sich gegen die Zumuthung, daß er die Universitäten aufheben wolle, er ist im Gegentheil stolz auf unsere Bildungsanstalten. Redner er gegen gewisse freihändlerische Professoren sich aufwerfe, so glaube er seine bürgerliche Pflicht zu erfüllen. Während der Diskussion war nachstehende Resolution durch Herrn Rektor Ziezki eingegangen. Der Andreasplatz-Bezirksverein beschließt folgende Resolution:

„Der im Handwerk und J hustrie vorhandene Nothstand drängt nothwendig auf eine Aenderung der jetzt geltenden wirthschaftlichen Normen, und ist dem Vorgange des Fürsten von Bismarck zuzustimmen."

Herr Ziezki begründet kurz seine Resolution, und darauf wurde dieselbe von den Vereinsmitgliedern mit großer Mehrheit angenommen. Die zahlreichen Gäste enthielten sich der Abstimmung. Endlich wurde noch beschlossen, die Resolution zu veröffentlichen.

* Die von der Gesellschaft „Ornis" veranstaltete erste große Vogelausstellung, welche heute, Freitag, im Saale der Passage ihren Anfang nimmt, ist geeignet, die Aufmerksamkeit aller Vogelliebhaber im höchsten Maße auf sich zu lenken, denn sie ist nicht nur eine Musterausstellung im wahren Sinne des Worts, sondern sie übertrifft auch nach dem Urtheile Sachkundiger bei weitem alle Vogelausstellungen, die bis jetzt in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz veranstaltet worden sind und zeigt recht anschaulich, auf welcher Höhe die Vogelzüchtung nach allen ihren Zweigen hin gegenwärtig steht. Eine so große Anzahl gesiederter Stubenvögel, so seltene, gefiederte Sänger hat noch keine Ausstellung aufzuweisen gehabt. In geschmackvollem Arrangement und zweckmäßiger Gliederung treten uns in der Gesammtzahl von 1726 Vögeln 592 gesiederte Käfigvögel entgegen und in 94 Aussteller rekrutiren sich nicht nur aus allen Theilen Deutschlands, sondern auch aus London, Wien, Brüssel ꝛc. ꝛc.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

— Im Gräflich Stolberg'schen Palais fand am Mittwoch Abend ein größerer Empfang statt, welchen Ihre Majestät die Kaiserin-Königin mit Ihrer Gegenwart beehrte. Ihre Majestät erschien in Begleitung des Hofstaates kurz vor 10 Uhr, von beiden gräflichen Herrschaften auf d. r Treppe des Hauses ehrerbietigst begrüßt und verweilte bis gegen 11 Uhr. Den Dienst bei Ihrer Majestät hat der Kammerherr v. Woß. — Von fürstlichen Personlichkeiten bewegten sich unter den Gästen Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin von Bismarck, der Herzog und die Frau Herzogin von Sagan; der Fürst und die Frau Fürstin Ferdinand Radziwill, geborene Prinzessin Sapieha; ferner die Prinzen von Ratibor, der Erbprinz von Bentheim, Graf Theodor Stolberg-Zulz. Zu den Gästen zählten ferner auch die Oberbrmeisterin Gräfin Perponcher, Se. Exzellenz Graf Perponcher, der Generaladjutant General der Kavallerie Graf von der Goltz, die Palastdame Gräfin Oriola, die Hofdame Gräfin Brandenburg, Fräulein v. Perzignan vom kronprinzlichen Hofe, u. a. m. Den Offizierkorps waren ganz besonders das Regiment der Garde du Corps, das Garde-Kürassierregiment und das Garde-Husarenregiment, und zwar nahezu vollständig, vertreten. Das Ministerium war durch die Minister Dr. Falk, Dr. Friedenthal und Graf Eulenburg und ihren Gemahlinnen repräsentirt. Vom diplomatischen Korps waren u. a. erschienen der Botschafter Lord Odo Russell, Graf Launay und Graf St. Vallier, die Gesandten Graf Rilvas und v. Rochussen. Der Hofzauer wegen waren die Damen in dekolletirten schwarzen Roben mit weißem Kopfputze und weißen Fächern erschienen.

Die Frau Gräfin zu Stolberg hat vor Hofgesellschaft durch besondere Karten anzeigen lassen, daß sie bis auf Weiteres jeden Mittwoch empfangen wird.

— Se. Majestät der König hat zu der von dem provinzialständischen Verwaltungsausschusse beschlossenen Ausdehnung der Wirksamkeit der provinzialständischen Brand-Versicherungsanstalt der Provinz Schleswig-Holstein auf den Besitz Herzogthum Lauenburg die Genehmigung ertheilt.

— Die Universität wird das Geburtsfest Sr. Majestät des Kaisers und Königs am 22. d. Mts., Mittags 12 Uhr, in ihrem großen Hörsaale feiern.

* Der Kaiser Wilhelm-Stiftung für die Angehörigen der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sind in letzter Zeit mehrfach Geschenke überwiesen worden: 556 ℳ 90 ₰ von der Lebensversicherungs-Gesellschaft Leipzig auf Grund der mit der Stiftungsverwaltung bestehenden Verträge, von der Firma Merz und Belich in Plagwitz-Leipzig 300 ℳ, von Kaufmann C. Helberth in Berlin, früherer Zusage gemäß, eine Nähmaschine.

± **Bremen**, 12. März. In unseren gewerblichen Kreisen giebt sich eine erfreuliche Rührigkeit kund, um die Gewerbenovelle vom 15. Juli v. J. wirksam zu gestalten und die eingetretene günstige Strömung zur Neubelebung der gewerblichen Ordnung entsprechend wahrzunehmen. Daß man hier dabei auf das Entgegenkommen des hohen Senates wird rechnen dürfen, steht um so mehr außer Zweifel, als im Bremischen Senate für die Regelung des Gewerbewesens schon seit einer Reihe von Jahren auf gesetzlichem Wege Sorge getragen ist und der Senat in dieser Richtung stets eine wohlwollende Fürsorgegrzeigt hat. Indeß ist die Angelegenheit der Durchführung der Gewerbenovelle, soweit solche nicht von Seiten des Senates erfolgt ist, noch nicht in das letzte Stadium der Verhandlungen eingetreten, sondern schwebt noch bei den vorbereitenden Instanzen. Man geht langsam vorwärts, um sich vor Verstimmen und Mißgriffen möglichst zu hüten und später nicht genöthigt zu sein, wiederum einen Schritt zurückthun zu müssen. Im Allgemeinen ist aber auch hier die Meinung vorherrschend, daß man den Grundsatz aufgeben muß, Alles sich selbst zu überlassen, und daß ohne einen gewissen Zwang, der immerhin ein gegebenes Maß nicht überschreiten darf, keine wirksame Neugestaltung der gewerblichen Ordnung möglich sein wird. In den letzten Wochen hat sich eine gemischte Kommission, aus Vertretern der Gewerbekammer, des Ortsvereins und des Gewerbe- und Industrievereins bestehend, damit beschäftigt, die sog. Hamburger Denkschrift: „Ein Wort zur prinzipiellen Reform der deutschen Gewerbeordnung", einer Berathung zu unterziehen, und im Frühjahre steht, wie wir hören, eine Konferenz der Delegirten der gesetzlichen Gewerbekammern in Aussicht, die in München abgehalten werden wird. Wie erinnerlich, tagten die genannten Kammern bereits im vorigen Jahre, und zwar im Monat März, in Leipzig; zu Ende, um noch mit positiven Vorschlägen für die damals im Gange befindlichen Berathungen über die Gewerbenovelle im Reichstage hervorzutreten, zu früh, um das noch nicht abgeschlossene Reformwerk der Gesetzgebung begutachten zu können. In diesem Jahre wird man nun an die Novelle anknüpfen können und voraussichtlich u. A. auch die Gewerbegerichte wieder auf die Tagesordnung stellen. Am Material wird es für die Berathungen in München kaum fehlen, und ist inzwischen durch die vielfachen Kundgebungen aus den gewerblichen Kreisen in ganz Deutschland möglichst viel Licht und Klarheit über die Bedürfnisse allerorten verbreitet worden. Wir wollen wünschen, daß es der Beratung gelingen möge, den Weg für eine ersprießliche Weiterentwicklung der gewerblichen Verhältnisse zu zeigen und anzubahnen, und daß die Regierungen den Berathungen wohlwollende Aufmerksamkeit entgegenbringen. — Am 10. d. M. ist hier wiederum einer der noch wenigen Veteranen aus den Befreiungskriegen heimgegangen, der Aeltermann, Herr Fr. W. Löning, geboren 1796. Der Verstorbene, ein um das hiesige Gemeinwesen hochverdienter Mann, der 3. zegwungen in die von Napoleon aus Deutschen gebildete französische Ehrengarde hatte eintreten müssen, focht später in den Lützow'schen Freikorps und zog mit diesem als Offizier in Paris ein. Bei dem vor einigen Jahren stattgehabten Besuche Kaisers Wilhelms in Bremen hatte er die Ehre, dem Kaiser vorgestellt zu werden, als er auf die Frage, wann der alte Waffengefährte gedient sei, die Antwort bekam: im Jahre 1796, ihm die Hand reichte und sagte: ein guter Jahrgang! Aeltermann Löning hatte noch vor wenig Monaten die Freude, sein 50jähriges Meisterjubiläum feiern zu können, bei welcher Gelegenheit er durch vielfache Beweise von Hochachtung und freundschaftlicher Verehrung ausgezeichnet wurde.

Oesterreich-Ungarn.

** **Budapest**, 11. März. In einer einzigen Sitzung ist heute die österreichische Delegation über beide Okkupations-Vorlagen schlüssig geworden. Für das Jahr 1878 wurde der volle von der Regierung begehrte Mehrbedarf von 46,720,000 fl. bewilligt, indem der Antrag des Ausschusses auf Ablehnung des Nachtragskredites von 5 Millionen verworfen und ein Antrag des Delegirten Pirquet auf Genehmigung dieses Kredites mit 35 gegen 22 Stimmen angenommen wurde. Bezüglich des Jahres 1879 drangen jedoch sämmtliche Anträge des Ausschusses durch. Anstatt des vom gemeinsamen Ministerium verlangten Betrages von 35,440,000 fl. wurde nur ein Erfordernis von 30 Millionen bewilligt.

Nach den ausführlichen und gründlichen Verhandlungen des Budgetausschusses über alle mit den Okkupationsvorlagen im Zusammenhange stehenden Fragen auf Niemanden Wunder nehmen, daß die Vorlagen im Plenum ohne neue weit ausgreifende Debatten erledigt wurden. Bei der Vorlage für das Jahr 1878 wurde von einer Generaldebatte überhaupt abgesehen, und die Spezialdebatte, die Neues eigentlich gar nicht mehr bringen konnte, hätte eben so gut unterbleiben können. Von Interesse waren dagegen die Erklärungen, welche der Reichs-Kriegsminister, Graf Bylandt, nach beendeter Diskussion zum Ausschußbericht abgab. Besonders ausführlich wandte sich Graf Bylandt gegen die im Bericht enthaltene Behauptung, daß zur Okkupation eine unverhältnißmäßige Truppenzahl aufgeboten wurde und daß insbesondere der streitbare Stand im argen Mißverhältnisse zu dem nichtstreitbaren Stande gestanden habe. Der Minister bezog sich zur Rechtfertigung seiner Maßnahmen u. A. auch auf aus dem deutschen Generalstabswerke über den deutsch-französischen Krieg entnommene Verhältnißzahlen, wonach er bedauerte, daß angeblich im deutsch-französischen Kriege auf drei Kombattanten zwei Nichtkombattanten entfielen, während sich im österreichischen Okkupations-Feldzuge das Verhältniß von 3 zu 1 ergab. Interessant waren ferner in der Rede des Ministers die Daten über die Rentabilität der bosnischen Rollbahn. Graf

Byland behauptet, daß die Verfrachtung eines Meter-Zentners von Brood nach Zenica per Bahn 2 fl., per Achse rund 24/10 fl. koste und daß die Bahn, da auch in Zukunft 4- bis 500 Meter-Zentner per Tag zu bewältigen sein werden, in einem Jahre amortisirt wäre. Nicht uninteressant dürfte auch das Urtheil sein, welcher der Kriegsminister nebenbei über die Situation der Russen vor der Kapitulation Plevnas fällte. Graf Bylandt sprach von der Nothwendigkeit der Savebrücke bei Brod, deren Herstellung schon Philippowich zur Sicherung eines allfälligen Rückzuges als Bedingung der Uebernahme des Armeekommandos setzte. Auch die Russen hatten Alles aufgeboten, um eine Brücke über die Donau zu schlagen. Dieselbe kam nicht zu Stande, obwohl viele Millionen verschwendet worden waren. Hätten die Türken ihren Vortheil ausgenützt, dann wäre die ganze russische Armee verloren gewesen (??) und zwar blos wegen des Mangels einer Brücke.

Ueber die 1879er Vorlage wurde nicht mehr viel debattirt. Dr. Promber provozirte den Kriegsminister zur Wiederholung der Erklärung, daß vom 1. April die Reserveregimenter aus Bosnien zurückgezogen, und daß überhaupt die Reservisten so viel als möglich berücksichtigt werden sollen. Hervorzuheben wäre auch, daß sich die Polen abermals gegen die Reduktion des Truppenstandes vor vollständiger Ausführung des Berliner Vertrages aussprachen.

Provinzial-Zeitung.

Schwetz, 10. März. Das Unglück, welches über unsere Stadt hereingebrochen ist, und von welchem in der „Nordd. Allg. Ztg." bereits ausführlich Mittheilung gemacht worden ist, hat die Bildung eines Hülfskomités veranlaßt, das einen Aufruf erlassen hat, in welchem es heißt: „Die Stadt bietet ein Bild des Grauens und der Verwüstung, wenn man die Häuser bis an das Dach von den Fluthen umspült und theilweise von Eisschollen umgeben, hier Wände und Schornsteine eingestürzt, dort ein Haus dem Einsturz nahe, und dann auf den Hausböden durch die in das Dach gemachten Oeffnungen jene Unglücklichen frierend und hungernd, den Einwirkungen der Elemente Preis gegeben, hervorlugen sieht. Angst und Verzweiflung oder Resignation in ihren Zügen. Sehr Viele haben, da das Wasser auch die Hausböden erreichte, ihre Wohnungen unter Zurücklassung ihrer Habe ganz verlassen müssen, um ihr nacktes Leben zu retten. Nahe an 600 Menschen sind obdachlos, welche in der Neustadt größtentheils in den Räumen des Kreishauses und der Schule Unterkommen gefunden haben. Wenn nun auch den hiesigen Frauenvereinen durch die anerkennenswerthen Sendungen an Geld und Lebensmitteln es möglich ist, seit dem 20. Februar cr. in 4 Volksküchen 650 Personen zweimal täglich unentgeltlich zu speisen, so ist mit der Stillung des Hungers die Noth noch lange nicht beseitigt, wochenlang ruht die Arbeit der Handwerker und Handelstreibenden, ihre Vorräthe sind verbraucht, die Mittel fehlen, ihre Geschäfte wieder aufzunehmen, und wenn sie dann später in ihre Wohnungen zurückkehren wollen, finden sie dieselben zerstört oder aus sanitätspolizeilichen Rücksichten unbewohnbar. Diesen Unglücklichen müßten Mittel gewährt werden, um sich Wohnstätten am sicheren Orte zu schaffen. Beiträge nimmt der Schatzmeister, Herr J. A. Bauer, entgegen."

Bäder-Zeitung.

Ems, 11. März. (Untersuchung der Mineralquellen.) Nachdem in Folge der Teplitzer Vorkommnisse der Gemeinderath von Ems Veranlassung genommen hatte, Untersuchungen darüber zu erbitten, ob für die hiesigen Thermalquellen keine Beschädigungen durch die Grubenbauten in einem Seitentheile herbeigeführt werden könnten, hat eine solche Untersuchung gestern durch eine Kommission von Sachverständigen stattgefunden. Bei der selben waren Beamte des Oberbergamts und des Bergwerks, der Regierung und ein königlicher Landes-Geologe betheiligt. Es hat sich ergeben, daß keinerlei Befürchtung wegen Gefährdung der Emser Mineralquellen durch den Bergbau zu hegen ist.

Aus **Teplitz**, 11. März, bringt die „Bohemia" folgende Mittheilungen:

Was Ingenieur Siegmund schon in der Stadtverordnetensitzung am 18. Februar, in welcher über seinen Antrag die Teufung eines Schachtes am Stadtbade beschlossen wurde, mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagte, daß man durch das Teufen eines Schachtes eine noch größere Menge Thermalwasser als früher erhalten, und die Temperatur dieses Wassers nicht nur keine geringere als bisher, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach sogar eine höhere sein werde, ist bis jetzt schon vollkommen eingetroffen. Das Wasser ist etwas heißer als früher, und der Zudrang des Wassers im Quellenschachte ist ein so enormer, daß die gegenwärtig aufgestellte Lokomobile, welche eine Kreiselpumpe treibt, nicht im Stande ist, das Wasser zu bewältigen, sondern sie per Minute ca. ein Kubikmeter hebt. Es bleibt im Schacht immer ca. 4 Meter heißes Wasser stehen, in welchem die Arbeiter arbeiten müssen. Es wird bereits unter Wasser gebohrt, und finden submarine Felsensprengungen statt. Die Entzündung geschieht mittelst des elektrischen Stromes. Beim Anschlagen einer neben der Urquelle liegenden Thermalspalte zeigte sich gestern ein so heftiger Wasserdrang, daß im ersten Augenblick das Wasser ungefähr 2 Meter höher stieg.

— Ueber die Fortschritte der Arbeiten zur Wiedergewinnung der Thermalquellen wird uns von technischer Seite gemeldet: Die Abteufungsarbeiten beim Stadtbade zu Teplitz, zu welchen der Chef der Prag-Dux-Bodenbacher Bureaus, Julius Mahler, von Wien herzuen wurde, sind jetzt bei dem schwierigsten Theile angelangt. Es wird bereits im 15. Meter Tiefe gearbeitet. Es ist jetzt eine Zentrifugalpumpe mit 4 Meter Saug- und 15 Meter Druckhöhe von 160 Millimeter Durchmesser in fast unausgesetzter Thätigkeit, dieselbe wird durch eine Dampfdrehe Lokomobile getrieben und wirft nach den Arbeitspausen, z. B. beim Einsenken per Minute 2.25 Kubikmeter, im Durchschnitte 15 Kubikmeter. Die Bohrlöcher werden theils durch bloße Schlagbohrer, theils durch Mahler's Handbohrmaschine hergestellt. Die Dynamitladungen sind in Blechbüchsen, das Zünden geschieht natürlich nur elektrisch. Der Wasserzufluß kann mit 1,5 Kubikm. per Minute herzustellen werden. Die Temperatur des Thermalwassers ist stetig 38,5 Gr. Reaumur, ein Beweis, daß ein Mengen mit den Grubenwässern von Ossegg nicht stattfindet, sondern die Urquelle ihre Wässer sowohl nach Teplitz, wie nach der Einbruchstelle im Döllinger Schacht ergießt, selbst aber bedeutend höher liegt, als die Wasserspiegel im Schachte zu Teplitz ist ca. 3 Meter höher, als jener im Döllinger Schachte.

Vermischtes.

* **Hannover**, 11. März. (Internationale Ausstellung von Hunden zu Hannover am 21., 22., 23., 24. und 25. Mai 1879.) Wie sehr die Wichtigkeit der Bestrebungen des Vereins im volkswirthschaftlichen Interesse anerkannt wird, erhellt daraus, daß das Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten eine namhafte Geldunterstützung und eine größere Anzahl von Medaillen, das Oberpräsidium der Provinz Hannover eine Lotterie von 50,000 Loosen à 1 ℳ zum Besten der Ausstellung bewilligt haben. Transporterleichterungen auf Eisenbahnen sind bewilligt, von einigen Dampfschifffahrtsgesellschaften auch bereits in Aussicht gestellt. Es liegt in der Absicht des Vereins, dem Publikum 64 verschiedene Hunderassen in schönen Exemplaren vorzuführen und dadurch nicht nur die Kenntniß der Rassen zu fördern, den Geschmack für vorzügliche Schönheit der Thiere zu entwickeln, sondern auch den Züchtern Gelegenheit zum An- resp. Verkauf des besten Zuchtmaterials zu bieten. Die hervorragendsten Züchter Deutschlands haben bereits ihre Theilnahme zugelegt und jährliche Besitzer einzelner Hunde die Beschickung der Ausstellung schon jetzt angemeldet. Die in England und Frankreich angeknüpften Verbindungen erzielten das erfreuliche Resultat, daß in den dortigen betreffenden Kreisen ein lebhaftes Interesse für die Ausstellung erweckt wurde und die Erwartung, eine größere Anzahl ausgezeichneter ausländischer Rassehunde hier zu sehen, nicht getäuscht bleiben wird. Als Ausstellungslokal ist der in vorzüglicher Weise geeignete Floragarten auf Bella Vista gewählt und die Zahl der auszustellenden Hunde auf etwa 800 normirt worden.

(Gegen den Wucher.) Seit einiger Zeit beschäftigt man sich im Präsidium der Wiener Polizeidirektion ernstlich und eingehend damit, Mittel zu erforschen, durch welche dem Kreditbel „Wucher" entgegengearbeitet werden könne. Das schreckliche, unter so tragischen Umständen erfolgte Ende des Zentralkassendirektors Smelski hat den Impuls zu einer Agitation gegeben, deren Folgen der bezeichneten Sorte von Menschen denn doch ab und zu empfindlich fühlbar werden dürften. Der Polizeipräsident von Wien hat die Kommissariate in einem Erlasse, dessen Wortlaut wir folgen lassen, mit dem gestrigen Tage schon angewiesen, bei Wucherfällen in der bezeichneten Weise zu amtshandeln. Der Erlaß lautet: „In letzter Zeit sind einige eklatante Fälle von Uebervortheilungen zur öffentlichen Kenntniß gelangt, welche Geldverleiher sich zu Schulden kommen ließen, und erst vor wenigen Tagen hat ein solcher Fall, der Selbstmord Smelski's, das peinlichste Aufsehen erregt und ein grelles Streiflicht auf das Treiben der Wucherer geworfen. Die Polizeidirektion erachtet es für ihre Pflicht, gegen solche gewissenlose Menschen, welche das Wohl einzelner Personen und ganzer Familien gefährden und untergraben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, welche allerdings in Folge des Mangels spezieller Gesetze sehr beschränkt sind, vorzugehen und zu diesem Zweck die Macht, die ihr das Gesetz gestattet, in rigorosester Weise in Anwendung zu bringen. Gegen hier bestrafbarerechtigte Wucherer läßt sich nämlich mit Rücksicht auf das Gesetz vom 14. Juli 1868 wohl nichts vorkehren, außer daß bei Amtshandlungen, zu denen sie wegen geschäftsmäßigem Wucher Anlaß bieten, besonders einbringlich vorgegangen wird, weil sich vielleicht Anhaltspunkte finden lassen, um den Fall wegen Betruges an das Strafgericht leiten zu können, wie es auch schon erfolgreich geschehen ist. Gegen Wucherer aber, welche nicht nach Wien zuständig sind, kann jedoch im Sinne des Gesetzes vom 27. Juni 1871 mit der Abschaffung vorgegangen werden, da sie die öffentlichen Interessen offenbar gefährden. Die Kommissariate werden deßhalb angewiesen, gegen Personen, welche als Wucherer und Agenten bekannt geworden sind, oder welche durch Anzeigen und Amtshandlungen noch bekannt werden, mit rücksichtsloser Strenge vorzugehen." Nach Aufhebung der Wuchergesetze ist in Wien, da die Nothwendigkeit, immer dringender hervortrat, nunmehr zum ersten Male wieder der Versuch unternommen worden, gegen den professionsmäßigen Wucher Front zu machen.

Handel und Industrie.

— Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn. Wie hiesige Blätter melden, ist zu einer Verhandlung zwischen den Kommissaren der preußischen Regierung und den Bevollmächtigten der Gesellschaft auf Sonnabend, den 15. d. M., ein neuer Termin anberaumt worden, und zwar sollen diese Verhandlungen auf veränderter Grundlage stattfinden. Bekanntlich hatte die Staatsregierung ein Gebot von 3½ pCt. Rente für die Uebernahme der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn gemacht, während die Delegirten der Bahn eine solche von 4½ pCt. beanspruchen zu müssen glaubten.

— Brandenburgische Bahnen. Dem gegenwärtig versammelten Provinziallandtag der Provinz Brandenburg liegt u. A. eine Vorlage vor, betreffend die Unterstützung zweier Sekundairbahnen, und zwar: 1. der Bahn von Stargard über Pyritz, Zippehne, Soldin, Neudamm nach Küstrin, und 2. von dem Bahnhofe der Berlin-Hamburger Eisenbahn Paulinenaue über Fehrbellin nach Neuruppin.

— Deutsche Kontinental-Gasgesellschaft. In der gestrigen ordentlichen Generalversammlung wurden die ausscheidenden Mitglieder des Direktoriums, Ebbinghaus und Dechsihäuser wieder gewählt, und ferner der Antrag, betreffend die Ausbehnung des Wirkungskreises der Gesellschaft auf die elektrische Beleuchtung, genehmigt.

— Wiener Unionbank. Das Gewinn- und Verlustkonto der Unionbank beziffert die Gewinne auf 1,664,984 fl. Auf das Zinsenkonto kommen 573,359 fl., auf Provision und Kommission 406,737 fl. und auf diverse andere Gewinne 327,832 fl. Die Gehalte betragen 270,164 fl. und die Spesen 144,530 fl. Es bleibt, wie bereits gemeldet, ein Reingewinn von 1,293,783 fl.

* Berlin-Kölnische Feuerversicherungs-Gesellschaft. Nachdem die wiederholt besprochene Erhöhung des Aktienkapitals die staatliche Genehmigung erhalten und in das Handelsregister eingetragen worden ist, ladet der Aufsichtsrath nunmehr zur Zeichnung auf die neu zu begebenden 3 Millionen Mark Aktien ein. Die Aktien lauten über 3000 ℳ, wovon 20 pCt. baar eingezahlt und die übrigen 80 pCt. in Solawechseln deponirt werden. Aufserdem ist ein Agio von 5 pCt. des Nennwerths mit 150 ℳ pro Aktie einzuzahlen, so daß der Uebernahmepreis 3150 ℳ und die Baareinzahlung 750 ℳ pro Aktie beträgt. Die Zeichnung selbst wird am 3. April geschlossen. — Wir haben die Gründe, welche die Verwaltung der Gesellschaft zu dieser Vermehrung des Aktienkapitals bestimmten, bereits mehrfach angedeutet; sie finden sich hauptsächlich in dem Umstande, daß die außerordentliche Entwicklung des Unternehmens, die Ausdehnung, welche die Geschäfte genommen, eine entsprechende Stärkung der Baarmittel der Gesellschaft wünschenswerth macht; es konnte nicht länger umgangen werden, die Gesellschaft auch äußerlich in der Größe ihrer Mittel den älteren Gesellschaften gleichstellen, welche sie in dem Umfang der Geschäfte bereits erreicht hat. In fortschreitender Steigerung des Erträgnisses ist die Dividende für 1878 auf 7½ pCt. festgesetzt worden, es steht nach der bisherigen schnellen aber gleichmäßigen Steigerung der Dividenden sicher zu erwarten, daß schon das laufende Jahr einen wesentlich höheren Ertrag liefern wird, und da die neuen Aktien bereits vollen Antheil an dem Geschäftsgewinn des Jahres 1879 haben, so treten die neuen Aktionäre sofort in den Genuß einer zufriedenstellenden Verzinsung ihres Kapitals. Unter solchen Umständen erscheint auch das kleine Agio von 5 pCt., welches zur Stärkung der Reserven und zur Deckung der Emissionskosten bestimmt ist, völlig gerechtfertigt. — Zur genauen Orientirung über die Zahlungsbedingungen verweisen wir auf die im Inseratentheile enthaltene Bekanntmachung.

— Harzer Bleiwerke. Die am 10. März stattgehabte Generalversammlung, auf deren Tagesordnung die Liquidation der Gesellschaft stand, war nicht beschlußfähig, da die laut Statut erforderliche Anzahl der Hälfte des Aktienkapitals nicht vertreten war. Es wird somit die Einberufung einer zweiten Generalversammlung erforderlich, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlußfähig ist.

— Badische Anleihe. Das bereits erwähnte Konvertirungsgeschäft setzt sich der „Frkf. Ztg." zufolge aus zwei Theilen zusammen: es handelt sich einerseits um feste Uebernahme von 4 pCt. Staatsanleihe, andererseits um Konvertirung der 5 pCt. Staatsanleihe von 1870/71. Letztere Anleihe im Betrage von 21 Millionen Mark ist bekanntlich erst vom 1. März 1890 an kündbar. Die Bedingungen der Konversion sind so gestellt, daß sie dem aktuellen Kurse der 4proz. Anleihe ungefähr entsprechen. Wenn die Kündigung s. Z. erfolgt, wird der Besitzer von 5proz. Obligationen am 1. März 1880 100 pCt. zu fordern haben und bis dahin 5 pCt. Zinsen erhalten, während er mit 4 pCt. badischen Titres zum gegenwärtigen Kurse nur etwa 4,17 pCt. macht. Um den Besitzer von 4proz. Anleihe zu veranlassen, sich zu schon jetzt konvertirt, wird man ihm also diese Zindifferenz vergüten, und da er statt der Baarzahlung 4 pCt. Titres annehmen soll, ihm auch die Differenz zwischen 100 und dem Kurswerth der 4proz. Anleihe herauszahlen müssen. Diese Vergütungen werden etwas reichlich gegriffen werden, um die Konversion bald durchzuführen. Man wird die neuen 4proz. Obligationen in der Konversion zu 95½ pCt. offeriren.

— Sächsische Holzindustriegesellschaft. Behufs Beschlußfassung über fernere Herabsetzung des Aktienkapitals durch Zusammenlegung in Prioritäts-Stammaktien beziehentlich Neuaktien à 500 ℳ, sowie über fernerweite Erhöhung des Aktienkapitals durch Zuzahlung und zur Feststellung, daß auf die fernerweit auszugebenden Prioritäts-Stammaktien 10 pCt. eingezahlt sind, hat der Verwaltungsrath eine außerordentliche Generalversammlung auf den 26. März c. nach Dresden einberufen.

— Oberschlesische Bank für Handel und Industrie. Der Aufsichtsrath hat in einer am 10. d. Mts. stattgehabten Sitzung beschlossen, der am 16. April cr. abzuhaltenden Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 4 pCt. in Vorschlag zu bringen.

— Waaghalbahn. In der am 10. ds. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde nach erregter Diskussion dem Antrage der Direktion entsprochen der mit der ungarischen Regierung abgeschlossene Verkaufsvertrag, wonach die Bahn um den Preis von 6,988,000 fl. öster. Währ. in den Besitz des Staates übergeht, mit 1244 gegen 304 Stimmen angenommen.

— Saline und Soolbad Saljungen. Der Aufsichtsrath und in den letzten Tagen dieses Monats fertig gestellt sein und dann sofort dem Aufsichtsrath zur weiteren Beschlußfassung vorgelegt werden. Man nimmt in den Verwaltungsbericht an, daß die Dividende auf mindestens 4 Prozent wird festgesetzt werden.

— Alabama- und Chattanooga-Bahn. Das Frankfurter Komité für die Besitzer von 8prozentigen Alabama- und Chattanooga-Bonds macht bekannt, daß nunmehr auch der Rest der bei ihm deponirten Bonds zum Umtausch gelangt, und zwar unter den für den ersten Umtausch bekannt gegebenen Modalitäten.

— Stettiner Portland-Cement-Fabrik. Der Abschluß der Gesellschaft macht unter den gegenwärtigen allgemeinen Verhältnissen einen ganz merkwürdigen Eindruck. Die Gesellschaft wird für das abgelaufene Jahr eine Dividende von 30 pCt. zahlen. Sie hat außerdem einen durch gekürzte Dividenden angesammelten Fond ist auf die Höhe des Aktienkapitals gebracht. Dieser Fonds soll den Aktionairen der Gesellschaft zu übergeben werden, daß sie für je 500 Thlr. eine Aktie à 1500 ℳ erhalten. Das Statut wird indeß in diesem Falle eine Aenderung erfahren müssen.

— Die Bank von England hat heute den Diskont von 3 auf 2½ pCt. herabgesetzt.

Generalversammlungen.

— Galizische Karl Ludwig-Bahn. Ordentliche Generalversammlung am 17. Mai cr. zu Wien.

— Deutsche Hypothekenbank in Meiningen. Ordentliche Generalversammlung am 31. März cr. zu Meiningen.

— Mitteldeutsche Kreditbank in Meiningen. Ordentliche Generalversammlung am 31. März cr. zu Meiningen.

— Pommersche Hypotheken-Aktienbank. Ordentliche Generalversammlung am 18. April cr. zu Köslin.

— Bitterfelder Louisengrube, Kohlenwerk- und Ziegelei-Aktiengesellschaft. Ordentliche Generalversammlung am 30. März cr. zu Berlin.

Dividenden.

— Breslauer Stadtobligationen. Die am 1. April cr. fälligen Kupons werden in der Zeit vom 1. bis 30. April cr. bei dem Herrn Jakob Landau in Berlin eingelöst.

— Oberschlesische Eisenbahn. Die Einlösung der am 1. April cr. fälligen Kupons der Prioritätsobligationen Lit. B. und F. der Oberschlesischen und L., II. und III. Emission der Stargard-Posener Eisenbahn erfolgt vom 1. bis 30. April cr. außer an den bereits gestern genannten Zahlstellen in Berlin auch bei der Bank für Handel und Industrie und bei dem Herrn S. Bleichröder.

— Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn. Die am 1. April cr. fälligen Kupons der Prioritätsobligationen I. und II. Emission Lit. B. werden von da ab in Berlin bei der Hauptkasse der Gesellschaft und bei der Direktion der Diskontogesellschaft eingelöst.

— Pilsen-Priesener Eisenbahn. Die am 1. Juli v. J. und 1. Januar cr. fälligen Kupons der Prioritäten werden von 5. April cr. ab bei der Berliner Handelsgesellschaft in Berlin eingelöst.

— Preußische Hypotheken-Aktienbank. Die am 1. April cr. fälligen Kupons der 5proz. Pfandbriefe werden vom 15. d. Mts. ab bei der Gesellschaftskasse in Berlin eingelöst.

— Deutsche Hypothekenbank, Aktiengesellschaft. Die am 1. April cr. fälligen Kupons der 4½- und 5proz. Hypothekenbriefe werden vom 15. März cr. ab bei der Gesellschaftskasse in Berlin eingelöst.

— Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Die am 1. April cr. fälligen Kupons der Pfandbriefe werden vom 15. d. Mts. ab in Berlin bei dem Herrn S. Bleichröder, den Herren Herrig u. Frantz, bei der Direktion der Diskontogesellschaft, der Deutschen Bank und bei der Berliner Handelsgesellschaft eingelöst.

Konkurs-Nachrichten.

— In den Konkursen über das Vermögen 1. der Restaurateure Adolf und Louis Kalbo, in Firma Gebrüder Kalbo, wurde im ersten Termin der Kaufmann Conradi zum Verwalter der Masse ernannt und von der Einsetzung eines Verwaltungsrathes Abstand genommen. — Ueber die Sache der Sache konnte Herr Conradi nur mittheilen, daß das Grundstück unter Administration gestellt ist, und auf die vorrechtlosen, circa 75,000 ℳ betragenden Forderungen nur eine sehr geringe Dividende entfallen dürfte. 2. des Blumenfabrikanten Karl Lell wurde der Kaufmann Paul Dietitz zum Verwalter der Masse bestellt und beschlossen, die Waarenbestände sofort im Einzelnen und in Parcelen zu verstiften. Aktiva 4540 ℳ, bevorrechtigte Forderungen und Massefordnen 2340 ℳ, vorrechtlose Forderungen etwa 30,000 ℳ, auf welche letzteren 2200 ℳ oder 7 pCt. zur Vertheilung gelangen dürften. — In dem Konkurse über das Vermögen 1. des Kaufmanns Simon Peiser, 2. des Agenten und Getreidehändlers Julius Lebenstein und 3. der Kaufleute Samson und Joseph Beuthner, in Firma Gebrüder Beuthner, gelangen die vollständig liquiden Massen am 26. März cr. ad 1 um 10, ad 2 um 11½ und ad 3 um 11 Uhr an die Gläubiger zur Ausschüttung. — In den Konkursen über das Vermögen 1. der Kommanditgesellschaft Becker u. Co., „Marchands Tailleurs", ist der Tag der Zahlungseinstellung auf den 3. August v. J. zurückverlegt. 2. des Schlossermeisters Adolf Pietsch ist das Verfahren durch Ausschüttung der Masse beendet. Ueber das Vermögen der Kommanditgesellschaft Löwe u. Co., Holzmarktstraße 1, und der alleinigen persönlich haftenden Gesellschafterin Berenice Alwine Löwe, geb. Meyer, ist am 11. März cr. der kaufmännische Konkurs eröffnet. Zahlungseinstellung 2. Januar cr. Verwalter Kaufmann Sieg, Alexandrinenstraße 37. Termin 25. März cr.

Verloosungen.

Petersburg, 13. März. Ziehung der Russischen Prämienanleihe von 1866. 200,000 Rbl. Nr. 44 Ser. 12898. — 75,000 Rbl. Nr. 43 Ser. 1503. — 40,000 Rbl. Nr. 23 Ser. 11419. — 25,000 Rbl. Nr. 40 Ser. 2. — je 10000 Rbl. Nr. 4 Ser. 17779, Nr. 2 Ser. 7603, Nr. 30 Ser. 13853. — 8000 Rbl. Nr. 6 Ser. 12406, Nr. 41 Ser. 11142, Nr. 44 Ser. 11720, Nr. 8 Ser. 6349, Nr. 45 Ser. 4965. — je 5000 Rbl. Nr. 48 Ser. 14188, Nr. 3 Ser. 16719, Nr. 36 Ser. 12826, Nr. 14 Ser. 16316, Nr. 3 Ser. 4922, Nr. 42 Ser. 14121, Nr. 15 Ser. 17189, Nr. 44 Ser. 11019.

Berkehrs-Nachrichten.

Southampton, Mittwoch 12. März. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Rhein" ist hier eingetroffen.

Berliner Markt.

Spirituspreise.

Berlin, 13. März. Die Marktpreise des Kartoffelspiritus, per 10,000 pCt. nach Tralles 100 Liter à 100 pCt., frei hier in's Haus geliefert, waren auf hiesigen Platze am

7. März 1879	ℳ 51,1		
8. „ „	„ 51,4—51,3		
10. „ „	„ 51,2		ohne Faß.
11. „ „	„ 51,3		
12. „ „	„ 51,5		
13. „ „	„ 51,7		

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Während des Druckes eingetroffene Depeschen:

Versailles, Donnerstag 13. März, Abends 8 Uhr. Die Kammer hat den Antrag der Untersuchungskommission, die Minister vom 16. Mai 1877 in Anklagezustand zu versetzen, mit 338 gegen 167 Stimmen abgelehnt. Die Rechte stimmte im Verein mit dem linken Zentrum und der gemäßigten Linken gegen den Antrag.

Versailles, 13. März, Abends. Deputirtenkammer (Schlußbericht.) Nach Wiedereröffnung der Sitzung trat Floquet (äußerste Linke) lebhaft für die Versetzung der Minister in den Anklagestand ein. Der bezügliche Antrag wurde indeß mit 317 gegen 159 Stimmen (nicht, wie irrthümlich gemeldet mit 338 gegen 167 Stimmen) abgelehnt. Rameau von der Linken beantragte eine motivirte Tagesordnung, welche das Verhalten der Minister vom 16. Mai 1877 brandmarkt. Der Bonapartist Cayeaux bekämpfte dieselbe, weil die Debatte erschöpft und der Antrag der Geschäftsordnung zuvider sei. Clemenceau schlug darauf die einfache Tagesordnung vor, dieselbe wurde indeß mit 225 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Die von Rameau beantragte motivirte Tagesordnung wurde mit 240 gegen 154 Stimmen angenommen.

Bukarest, Donnerstag 13. März, Abends. Sämmtliche russischen Truppen, welche noch in Rumänien kantonniren, haben den Befehl erhalten, in den allernächsten Tagen den Rückmarsch nach Rußland anzutreten.

---

6 Abtheilungen führt die Ausstellung die wunderbarsten Exemplare fremdländischer, einheimischer Kanarienvögel z. vor, welche um so größeres Interesse erregen, als sie gegenwärtig mit dem beginnenden Frühling wenigstens zum Theil ihre Stimme erschallen lassen. Daran reihen sich zahlreiche Kunstgebilde und alle nur möglichen Hülfsmittel der Vogelpflege und Vogelzucht. Die reichen Schätze grade dieser Ausstellung werden erklärlicher, wenn man erfährt, daß auf dem Schauplatz auch Herr Aug. F. Wiener aus London erschienen ist, der Besitzer der großartigsten Sammlung lebender Vögel in Privathand, welche es überhaupt giebt. Neben ihm steht die hervorragendste Züchterei englischer Farbenkanarien von Clark u. Co. in London, ebenso hat Herr L. van der Snick in Brüssel eine reiche Kollektion theils eingeführter, theils gezüchteter fremdländischer Vögel ausgestellt und einen besonderen Glanzpunkt bildet die von Karl Hagenbeck in Hamburg veranstaltete Sammlung von bisher lebend eingeführten sprechenden Amazonenpapageien. Die werthvollsten einheimischen Singvögel präsentiren sich in ungewohnter Zahlenfülle, und Liebhaber der Kanarienzucht finden hier reiche Befriedigung, da die hervorragendsten Stämme in Konkurrenz treten. Raumenlich läßt sich der berühmte Krutz'sche Stamm aus St. Andreasberg in vier Originalvögeln zum ersten Male öffentlich hören. So bietet eine Wanderung durch diese gegliederte Welt einen reichen Genuß und vielfache Belehrung. Für die hervorragendsten Leistungen stehen zahlreiche Prämien zur Verfügung. Mit der Ausstellung, die am 18. März geschlossen wird, ist eine Verloosung verknüpft, deren Ziehung am 19. c. stattfindet.

* (Im zoologischen Garten) bietet sich gegenwärtig den Berlinern eine neue Sehenswürdigkeit: die Lappländerfamilie, welche Herr Hagenbeck nach Berlin gebracht hat. Zeigte er im vorigen Jahre die Kinder des Südens, die Nubier in ihrem Leben und Treiben, in ihren uns bestremdlichen Hantirungen, so führt er jetzt die Kinder des Nordens den Berlinern vor, die blonden Männer und Frauen Lapplands. Die Besucher des zoologischen Gartens können die im Freien kampirenden Bewohner des eisigen Nordens in ihrem internen Leben beobachten. Unter vier Zelten, von denen drei aus alter dunter Leinwand hergestellt sind, während das vierte sich als heritable Erhütte präsentirt, hausen die Männer, Frauen, Kinder, Rennthiere und Hunde der Lappländer. Es sind kleine, derb gebaute Leute, bei denen mehr das seltsame, aus Rennthier- und Seehundfellen bestehende Kostüm, als das Gesicht auffällt. Der Besucher wird nicht einen Augenblick zögern, die Leute der kaukasischen Rasse zuzuzählen und trügen sie nicht augenscheinlich die Abneigung gegen Seife in ihrem Gesichte aufgeprägt, es würde sich dann entschieden konstatiren lassen, daß sie angenehme Gesichtszüge haben. Die kleinen Jungen wie die großen Männer tragen hohe, viereckige Mützen aus Rennthierfellen genähte Pelze, die um den Leib mit einem Ledergurt befestigt, und über dem Gurt etwas in die Höhe gezafft sind. Am Gurt befestigt tragen sie Messer, die Frauen auch Scheeren und allerhand Handwerkzeug. Auf der Brust tragen sie kleine Lederbeutel, die von großen Schnüren befestigt um den Hals gehängt sind. Die Beine sind in dicke Lappen gewickelt und auf den Füßen tragen sie schwere Schuhe, die in der Form an die chinesischen erinnern, nur daß sie größer, plumper und aus roherem Material sind. Sonst laufen sie gerade so spitz zu, sind gerade so wie die chinesischen mit den Spitzen in die Höhe gebogen. Die Frauen zeigen dieselbe Kostümirung, und tragen eine seltsame, am ehesten einer Kölner Karnevalsmütze ähnliche, rothe steife Haube. Die Kinder tummeln sich lustig im Schmutz vor den Zelten, während die Alten den Beschauern ihre Hantirungen zeigen, wie Einfangen der Rennthiere, Anspannen derselben, Laufen auf Schneeschuhen 2c. und sich dabei die Zigarre recht gut schmecken lassen, deren Quantität an Tabak nichts zu wünschen übrig läßt. — Über die Qualität hat unser Gewährsmann unterlassen, sich zu informiren. Neu und interessant ist die Gesellschaft; wir glauben darum unseren Lesern den Besuch des Zoologischen Gartens empfehlen zu können.

* (Das Berliner Aquarium) erhielt in der letzten Zeit zahlreiche Seethiere aus dem Mittelländischen Meere, unter denen sich zwei höchst interessante Arten Medusen befinden. Die eine derselben turris digitalis, hat eine glockenförmige Gestalt, deren äußere durchscheinende Hülle die innen am Magenmund gelegenen erdbeerrothen Fortpflanzungsorgane deutlich erkennen läßt. Die andere (Aequora Torskalii) ist vollkommen durchsichtig, von flacher, einem Uhrglase ähnlicher Körperform. Beide befinden sich in immerwährender Bewegung, welche durch ein ruckweises, plötzliches Zusammenziehen und Ausdehnen bewirkt wird. Die Beobachtung dieser zarten, durchsichtigen Organismen, die ihrer ganzen Erscheinung nach mehr an Pflanzen- als an Thierformen erinnern, ruft in der Regel lebhafte Bewunderung hervor, und vielfach hört man den Ausspruch: „So etwas Schönes habe ich noch nie gesehen." Da derartige Thiere in der Regel nicht lange in der Gefangenschaft auszuhalten pflegen, rathen wir den zahlreichen Freunden des Aquarium, diese seltenen und anmuthigen geschöpfe des Meeres bald in Augenschein zu nehmen.

* (Ein gräßlicher Kindesmord) ist am Montag Mittag von der 21jährigen Magd Martha Sch. aus Kodlkurt bei dem Ackerbürger S. in Schöneberg verübt worden. Das Mädchen hatte erst am 1. d. M. den Dienst angetreten und, mehrfach von der Frau befragt, ihren Zustand bestritten. Am Montag Mittag gebar sie beim Melken, stopfte das Kind in einen Kranzeimer, goß kochendes Wasser hinein und wollte den Eimer im Keller verstecken. Die Hausfrau vermißte zufällig denselben, und da ihr der veränderte Zustand, sowie die Hinfälligkeit des Mädchens auffiel, suchte sie nach dem Eimer, den sie auch im Keller fand. Trotz der natürlichen Schwäche versuchte das Frauenzimmer nunmehr die Flucht zu ergreifen, wurde indessen festgehalten und nach Charlottenburg ins Krankenhaus geschafft. Nach den Eindrücken am Halse des Kindes zu urtheilen, ist dasselbe sofort bei der Geburt erwürgt und todt in den Eimer hineingedrückt.

(Polizeibericht.) Am 10. d. Mts. Vormittags stürzte ein Dienstmädchen beim Fensterputzen aus der zweiten Etage des Hauses Brunnenstraße Nr. 35 auf den Hof hinab und erlitt hierbei einen Bruch des rechten Oberschenkels. Dasselbe wurde in das Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Als der Bäckerlehrling Reinhold Fiethert, einen Korb auf der Schulter tragend, zu derselben Zeit den Straßendamm von dem Hause Neue Jakobstraße Nr. 26 überschreiten wollte, wurde er von einer Droschke überfahren und am rechten Knie und linken Unterschenkel, anscheinend jedoch nur leicht, verletzt.

Vereins-Nachrichten. * (Der III. Kongreß der Leiter und Lehrer von Blindenanstalten) findet in Berlin am 28., 29., 30. und eventuell 31. Juli cr. in den Räumen des königlich preußischen Abgeordnetenhauses statt. Zur Berathung der Theilnehmer, Konstituirung des Bureaus, Festsetzung der Tagesordnung für die Sitzungen 2c. ist eine Vorversammlung am 27. Juli.

Der Verein für deutsche Volkswirthschaft hält seine Versammlung am Mittwoch, den 19. März, Abends 7½ Uhr, im kleinen Saale des „Architekten-Hauses", Wilhelmstraße 92/93, ab. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Generalsekretair Buek aus Düsseldorf über Arbeiterversicherung.

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege hält eine ordentliche Sitzung am Montag, den 17. März, Abends 7½ Uhr, im Architekten-Vereinshause, Wilhelmstraße 92/93, 2 Tr., ab.

Der Verein Berliner Grundbesitzer wird am Freitag, den 14. März, Abends 7½ Uhr, in obiger 111, seine Generalversammlung abhalten.

Theater. * Bei der Vorstellung, die am Montag, den

Aufruf.

Von den verheerenden Ueberschwemmungen der weichsel, über welche täglich die Zeitungen berichten, ist unsere Altstadt am schwersten heimgesucht.

Vor mehr als 300 Jahren am Ausflusse des Schwarzwassers in die Weichsel zwischen diesen beiden Flüssen unter dem Schutze der ehemaligen Ordensburg erbaut, hat sie fast alljährlich durch Ueberschwemmungsgefahren zu leiden.

Die wohlhabenden Bewohner haben deshalb die Wohnstätten ihrer Väter verlassen, ihre Häuser abgebrochen und nach der höher belegenen Neustadt übersiedelt; den ärmeren Hausbesitzern ist dies trotz der von dem Staate bewilligten Ueberbauungsprämie aber nicht möglich, und so stehen denn jetzt seit dem 18. Februar d. J. außer 135 Häusern, bewohnt von 1769 Seelen, die hauptsächlich den ärmeren Handwerker- und Arbeiterstande angehören, auch die beiden Kirchen und die Synagoge unter Wasser.

Die Stadt bietet ein Bild des Grauens und der Verwüstung, wenn man die Häuser bis an das Dach von den Fluthen umspült und theilweise von Eisschollen umgeben, hier Wände und Schornsteine eingestürzt, dort ein Haus dem Einsturz nahe, und dann auf den Hausböden durch die in das Dach gemachten Oeffnungen jene Unglücklichen frierend und hungernd, den Einwirkungen der Elemente Preis gegeben, hervorlugen sieht, Angst und Verzweiflung oder Resignation in ihren Zügen. Sehr Viele haben, da das Wasser auch die Hausböden erreichte, ihre Wohnungen unter Zurücklassung ihrer Habe ganz verlassen müssen, um ihr nacktes Leben zu retten. Nahe an 600 Menschen sind obdachlos, welche in der Neustadt größtentheils in den Räumen des Kreishauses und der Schule Unterkommen gefunden haben.

Wenn nun auch dem Vaterländischen Frauenvereine durch die anerkennenswerthen Sendungen an Geld und Lebensmitteln es möglich ist, seit dem 20. Februar cr. in 4 Volksküchen 650 Personen zweimal täglich unentgeltlich zu speisen, so ist mit der Stillung des Hunger's die Noth noch lange nicht beseitigt, wochenlang ruht die Arbeit der Handwerker und Handelstreibenden, ihre Vorräthe sind verdraucht, die Mittel fehlen, ihre Geschäfte wieder aufzunehmen, und wenn sie dann später in ihre Wohnungen zurückkehren wollen, finden sie dieselben zerstört oder aus sanitätspolizeilichen Rücksichten unbewohnbar.

Diesen Unglücklichen müßten Mittel gewährt werden, um sich Wohnstätten am sicheren Orte zu schaffen. Die Unterzeichneten sind deshalb zusammengetreten, um sie hierin zu unterstützen und bitten edle Menschenfreunde von Nah und Fern, zur Erreichung dieses Zweckes beizutragen und milde Gaben gütigst senden zu wollen. Nur auf diese Weise würde der häufig wiederkehrenden Noth bei Ueberschwemmungen für immer ein Ende gemacht werden können.

Beiträge nimmt unser Schatzmeister Herr J. A. Bauer und jeder der Unterzeichneten entgegen.

Schwetz, den 9. März 1879.

Das Comité:

Apel, Rechtsanwalt und Notar. J. A. Bauer, Kaufmann, Schatzmeister. B. Bennheim, Kaufmann. Block, Pfarrer. S. J. Cohn, Kaufmann. J. Hauffe, Buchdruckereibesitzer. S. C. Hirsch, Kaufmann, Schriftführer. Dr. Jacobi, Dirigent des Progymnasiums. C. A. Koehler, Kaufmann. Kowalk, Superintendent. Merkel, Grundbesitzer. Mundelius, Kreissekretair. Nitzen, Kreisgerichts-Direktor. Dr. Rosenthal, Königl. Kreisphysikus. Dr. Rostoski, Apotheker. Steinke, Rathmann, Zimmermeister. Technau, Bürgermeister. Dr. Wendt, Direktor der Provinzial-Irrenanstalt. Wildt, Hoteliter, Zander, Stadtkämmerer.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nachdem der Herr Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten die Begründung einer besonderen etatsmäßigen Kreisthierarztstelle für den Kreis Schivelbein für das Etatsjahr 1880/81 in Aussicht gestellt und sich bereit erklärt hat, schon jetzt einem qualificirten Thierarzt die Wahrnehmung der kreisthierärztlichen Geschäfte in dem genannten Kreise auf Antrag des Kreisausschusses widerruflich zu übertragen und demselben auch seiner Zeit die commissorische Verwaltung der neubegründeten Stelle anzuvertrauen, wenn bis dahin gegen seine Qualification keine begründeten Bedenken entstanden sind, hat der hiesige Kreistag beschlossen, das etatsmäßige Gehalt der Stelle für das Etatsjahr 1879/80. mit 600 Mark auf Kreisfonds zu übernehmen.

Es wird somit zum 1. April dieses Jahres eine besondere Kreisthierarztstelle für den Kreis Schivelbein errichtet werden können, welche außer dem etatsmäßigen Gehalt mit einer Zulage von 300 Mark aus Kreisfonds und einer Zulage von 300 Mark für Unterricht in der Thierarzneikunde an der hiesigen landwirthschaftlichen Schule dotirt sein wird. Dies ergiebt für die gedachte Stelle eine feste jährliche Einnahme von 1200 Mark.

Diejenigen Thierärzte, welche die Qualification für eine Kreisthierarztstelle besitzen und sich um die hiesige Stelle zu bewerben wünschen, ersuchen wir, ihr Gesuch unter Einsendung der erforderlichen Atteste an uns einzureichen.

Schivelbein, den 27. Februar 1879.

Der Kreisausschuß des Kreises Schivelbein.

Graf Baudissin,
Landrath. 3161

Verkaufs-Anzeige.

Nach stattgehabter Disapprobation sollen die zur Concursmasse des weil. Müllers **Hermann Maaß** gehörenden, in der Dorfschaft Thiensen, Kreis Pinneberg, an der von Elmshorn nach Pinneberg führenden Chaussee belegenen Immobilien c. p. auf's Neue, unter Vorbehalt der Approbation im Gerichtshause zu Ranzau am

Sonnabend, den 29. März d. Js.,
Vormittags 11 Uhr,

öffentlich gerichtlich verkauft werden.

An Gebäuden befinden sich daselbst:
ein neu erbautes massives, geräumiges Wohnhaus, eine ebenfalls neu erbaute Windmühle, worin zwei rheinische Gänge, ein französischer Gang, ein Graupengang und ein Gang mit Walzen.

An Ländereien sind vorhanden:
ca. 3 ha 20 ar Ackerland incl. Hausplatz mit Garten.

Die Verkaufsbedingungen können 14 Tage vor dem Termin hierselbst, wie bei dem Gutsvorsteher, Ortsvorsteher **Harder** in **Elerbek**, wo auch die zu verkaufenden Grundstücke näher nachweisen wird, eingesehen werden.

Ranzau in Holstein, den 11. März 1879.

Königl. Amtsgericht.
C. Eckard. 3529

Die Privat-Irren-Heil- und Pflege-Anstalt
Kowanowko bei Obornik, Provinz Posen,

in gesunder und sehr anmuthiger Gegend gelegen, durch die am 15. Mai cr. zu eröffnende **Posen-Schneidemühl-Belgarder** Eisenbahn auch für fernere Gegenden leicht und bequem erreichbar, nimmt Geistes-, Gemüths- und Nervenkranke beiderlei Geschlechts in ärztliche Behandlung und Pflege jederzeit auf. — Die Anstalt ist mit allen denjenigen Hilfsmitteln versehen, welche die moderne Psychiatrie und Neuropathologie verlangt, ihre Wohn- und Aufenthaltsräume sind mit Bequemlichkeit eingerichtet, mit Eleganz ausgestattet, — die Kranken nehmen Theil an dem Familienleben der Anstaltsärzte, — für ihre Beschäftigung wird in ausgedehnter Weise und nach der Individualität Sorge getragen, zur Unterhaltung und Zerstreuung — derselben dient die Anstalt durch Equipagen zu Ausfahrten in die Umgegend, ihre Bibliothek, verschiedene musikalische Instrumente, Billard, Kegelbahn u. s. w. reichhaltige Gelegenheit und Abwechselung. — Prospecte mit den Aufnahme-Bedingungen sendet auf Verlangen ein

Die Direction:

Geh. Sanitätsrath Dr. **Zeinsko.** Dr. v. **Marczewski.** 3530

Ueberraschende Neuheit.

Der Cigaretten-Automat
(in allen Staaten patentirt),
per Stück M. 4,50 franco gegen Einz. oder Nachnahme per Briefpost. In den meisten Galanterie- und Kurzwaaren-Handlungen, sowie Tabaks-Geschäft. zu haben.

Martin Brie & Co., Berlin S.,
Kommandantenstrasse 26.
Metall-Waaren-Fabrik.

Dose f. Cigaretten-Tabak mit selbstthätiger Cigaretten-Maschine **im Deckel.** Man legt in den qu. Apparat (nach der jedem Exemplare beigegebenen höchst einfachen Anleitung) Tabak und Papier, klappt den Deckel zu und **die fertige Cigarette erscheint auf der geschlossenen Dose.**

Die ganze Manipulation dauert wenige Secunden, gleichviel ob man dünne oder dicke Cigaretten machen will. 3514

Stadtrath- und Syndicus-Stelle.

In Folge der Wahl eines besoldeten Stadtraths aus unserem Magistrats-Collegium zum Bürgermeister einer anderen Stadt, soll sofort nach dessen Bestätigung die Wahl eines

Stadtrath und Syndicus

auf die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren für unsere Stadt vollzogen werden. Die Stelle ist mit einem pensionsberechtigten jährlichen Gehalt von 4200 Mark dotirt. Bewerber, welche das Examen als Gerichts- oder Regierungs-Assessor bestanden haben,

werden ersucht, ihre Meldungen, unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines Lebensabriffes, **bis zum 16. April c. dem Stadtverordneten-Vorsteher, Stadtältesten L. Moll hierselbst,** einzureichen. 3238

Charlottenburg, den 5. März 1879

Die Stadtverordneten.

Das **Militair-Paedagogium, Berlin S. W., Hallesche Str. 20,** beginnt s. neuen Curs. d. 1. und 15. April. Auskunft durch den Prospect oder d. Herrn Generalmajor **v. Blumenthal** z. D. Potsdam, Oberstlieut. **v. Strantz** im Kaiser Alex. Reg. Berlin, Albrechtstr. 12. 3525

Militair-Vorbildungs-Anstalt Potsdam.
Gründl. Vorber. z. Kriegs-Akad., z. Offizier-, Fähndr.- u Einj.-Exam., z. jed. Klasse d. Kad.-Corps. **Billigste Pens.** Beginn d. Kurs. 15. April. **B. v. Seydlitz,** Oberstl. a. D.

Eine junge Engländerin sucht zu Ostern eine Stelle als Gesellschafterin in einer **deutschen** Familie. Gute Referenzen. Gef. Offerten unter **E. A.** an die Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler,** Braunschweig. 3518

Eine junge Dame aus sehr guter Familie, musikalisch, mit allen weiblichen Handarbeiten vertraut, sucht in einem distinguirten Hause, das ihr ein **freundliches Heim** bieten würde, Stellung — im In- oder Auslande — als Gesellschaftsdame oder Reisebegleiterin, gern erbötig, der Frau des Hauses als thätigste Stütze zur Seite zu stehen. Adresse sub **H. N.** an die Expedition dieser Ztg.

Soeben erschien und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Die Ursachen und der Verlauf
des
Russisch-Türkischen Krieges in Europa
in den Jahren 1877/78.
Bis zum Abschlusse des russisch-türkischen Friedens im Februar 1879.
Vom
Hauptmann Freiherrn v. Forstner.
Zweite umgearbeitete Auflage.
Mit einer Uebersichtskarte und einem Plane von Plewna. 3527
Eleg. geh. Preis 1 M 60 ₰.
Verlag von L. Schleiermacher in Berlin W.

29. Kunst-Auctions-Haus Koch-Strasse 29.

Kunst-Auction.

Am **Montag,** den **17. März,** von 10 bis 2 Uhr, versteigere ich im **Kunst-Auctions-Hause, Kochstr. 29,** Saal II., aus einer hiesigen **Privat-Sammlung** etc. stammend:

110 Oelgemälde,

worunter viele **Originale erster Meister** der **deutschen** und **französischen Schule.** 2 lebensgrosse **Portraits** Sr. Maj. d. **Kaisers** u. d. **Kronprinzen** in ganzen Figuren. **Oeffentliche Besichtigung: Sonnabend,** d. 15., **u. Sonntag,** d. 16. d., von 10—2 Uhr. **Kataloge gratis.** 3523

Rudolph Lepke,
Auctionator und städtischer Auctions-Commissar. für Kunstsachen, Berlin SW., Kochstr. 29.

Block-Eis

aus den Seen der Oberspree liefern den Eimer (ca. 10 Kilo) für 25 ₰, d. Centner für 70 ₰, den halben Ctr. für 40 ₰ frei in's Haus.

Bestellungen ertheilen
Seidelstraße Nr. 32.

Ebendaselbst halten Roheis u. Eisschränke zum Verkauf. Die **Eisschränke** sind in eigener Fabrik sorgfältig gearbeitet und in reichster Auswahl zu billigen Preisen vorhanden.

Berlin. 3347 **Nordeutsche Eiswerke.**

Kunstbutter.

W. Grasso, Maschinenfabrik in s'Gertogenbosch (Holland) empfiehlt als Specialität complete Einrichtung für **Kunstbutter-Fabrikation.** 3236

Berlin-Kölnische Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Nachdem durch den Aufsichtsrath unserer Gesellschaft am 16. Februar 1879 gemäß Statuten § 4 die Erhöhung des Aktienkapitals von 2 auf 3 Millionen Thaler = Mark 9,000,000 beschlossen, diesem Beschluß die statutische Genehmigung ertheilt, sowie die Eintragung desselben in das Handelsregister erfolgt ist, laden wir zur Zeichnung der neu zu begebenden 1,000,000 Thlr. = 3,000,000 Mark Actien unter nachstehenden Bedingungen ein:

1. Der Betrag einer jeden Actie ist Thlr. 1000 = 3000 Mark. Davon werden 20 pCt. baar eingezahlt und die übrigen 80 pCt. in Solawechseln deponirt.
2. Außerdem ist ein weiterer Betrag von 5 pCt. des Nennwerths mit Mark 150 pro Actie zur Verstärkung der Reserven und zur Deckung der Emissionskosten zu zahlen, so daß der Uebernahmepreis Mark 3150 und die Baarzahlung Mark 750 pro Actie beträgt.
3. Die neuen Actien haben vollen Antheil am Geschäftsgewinne des Jahres 1879.
4. Dem Aufsichtsrath bleibt die Genehmigung der Zeichnung, sowie bei etwaiger Ueberzeichnung die Reduction vorbehalten.
5. Die Zeichnung wird am 3. April 1879 geschlossen, dieselbe ist in Höhe der vom Aufsichtsrathe bis zum 15. April 1879 zu ertheilenden Genehmigung verbindlich.
6. Die Einzahlung auf die zugetheilten Actien ist bis zum 25. April d. J.

bei den Herren **Mendelssohn & Co.** in **Berlin,**
bei den Herren **Deichmann & Co.** in **Cöln**

zu leisten und zwar gegen deren Interimsquittung.
Die sub 1 genannten Solawechsel sind bei der Zahlung einzureichen.

7. Die Ausgabe der Actien nebst Coupons und Talons erfolgt demnächst gemäß näherer Bekanntmachung.
8. Zeichnungen nehmen entgegen

die Herren **Mendelssohn & Co.** in **Berlin,**
die Herren **Deichmann & Co.** in **Cöln,**
die **General-Direction der Gesellschaft** in **Berlin,** Friedrichstraße 207, und
die **Subdirection der Gesellschaft** in **Cöln,** Streitzeuggasse 29,

woselbst jede Auskunft ertheilt und Formulare zu Zeichnungsscheinen entgegengenommen werden können.

Berlin, im März 1879. 3512

Der Aufsichtsrath. Jacques Meyer. **Die General-Direction.** C. Schnürpel.

Deutsche Molkerei-Ausstellung
vom 20. bis 25. März 1879,
Berlin, Invalidenstrasse 42—47, vor dem Neuen Thor
in den Gebäuden der ehemaligen Kgl. Eisengießerei.
Eröffnung: Täglich 10 Uhr Vormittags. Schluß: Abends 6 Uhr.
Kassenpreis am 1. Tag **2 Mk.,** am 2. und 3. Tag 1 Mk., am 4., 5. u. 6. Tag **50 Pf.**
Passe-Partout 5 Mk. 3314

Ausverkauf.
10,000 zurückgesetzter Schlaf-, Pferde- und Wagen-Decken à 4—7 Mark. 3271
D. Tiede & Co., Berlin W., Mohrenstr. 23.

9 goldene Medaillen und Ehrendiplome.

LIEBIG Company's Fleisch-Extract

9 goldene Medaillen und Ehrendiplome.

aus FRAY-BENTOS (Süd-Amerika.)

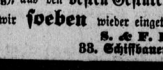
Nur ächt, wenn die Etiquette eines jeden Topfes nebenstehenden Namenszug in blauer Farbe trägt. J. v. Liebig

Fleisch-Extract ist eingekochte Bouillon und dient zur sofortigen Herstellung einer sehr billigen und vortrefflichen Kraft-Suppe, so wie zur Verbesserung und Würze aller unserer Suppen, Gemüse und Fleischspeisen.

Engros-Lager bei dem Correspondenten der Gesellschaft:
Herrn **J. C. F. Schwartze** in **Berlin, Leipzigerstr. 112.** 91
Zu haben bei den grösseren Colonial- und Eisswaaren-Händlern. Droguisten. Apothekern etc.

Im früheren Actien-Speicher, Friedrichstr. 138a., sollen folgende, von Herrschaften und übergehene Einrichtungen, als: Eichen-, schwarze Salon-, Boul-, viele Nußbaum- u. Mahagoni-Möbel, passend zu Ausstattungen, sofort sehr bill. verk. werden. 30 Teppiche, Gardinen, Pianino's, Gemälde, Rococo-Möbel, Spiegel, Sopha's, Schlafzimmer-, Haus- u. Küchen-einricht., Gemälde, Uhren u. versch. and. Gegenst. 3 Monate können die Gegenst. stehen und nach Empfang erst gezahlt w. **Die Verwaltung vom Großen Möbel-Speicher.**

Joseph Strauss,
Agent für Getreide und Mehl.
Frankfurt a. M. 3282



Mit einem großen Transport eleganter **Reit- und Wagen-Pferde** (darunter 20 Stück complet gerritten, truppenthätig), aus den **besten Gestüten Galiziens** sind wir **soeben** wieder eingetroffen.

S. & F. Berg,
3385 **33. Schiffbauerdamm 33.**

Tattersall, Georgenstrasse 19.

In der am **15. d. M. stattfindenden Auction** kommen ausser mehreren Reit- und Wagen-Pferden circa 15 Vollblutpferde, u. A. **Juweller, Andrassy, Mühlte, Adina** und **Handicapper,** zum Verkauf. 3519

Die Direction.
H. v. Kotze.

Emil Wiechmann,
Specialist für Hühneraugen, 3440
Neue Wilhelmstraße 8b., (Ecke Linden).
Sprechstunden von 9—12, 2—6 Uhr.

Der Bockverkauf in der Kammwoll-Stammschäferei auf dem Rittergute Rosenhof bei Sarbau a. d. Elbe beginnt am 3517
Dienstag, 18. März d. J., Mitt. 12 Uhr.
Auf vorherige Anmeldung stehen Wagen zur **Abholung auf Bahnhof Stendal** bereit.
Himburg.

Dr. **Heilbrunn,** Leipzigerstr. 87, approb. Homöop. und Specialarzt, heilt Geschlechts-, Hautkrankheiten, Schwächezustände, selbst in den hartnäckigsten Fällen. 8—9, 5—7. A. brieflich.

Specialarzt Dr. med. Meyer 2984
heilt **Syphilis, Geschlechts-, Frauen- u. Hautkrankheiten,** sowie **Weißfluß, Pollutionen, Schwächezustände,** selbst in den hartnäckigsten Fällen, gründlich und schnell, wohnhaft seit vielen Jahren nur Leipzigerstr. 91, 2 Tr., von 10—2 U., 4—7 N. **Anm. mit gleichem Erfolge brieflich.**

Paris

Hôtel Continental,
3, Rue Castigl one.
600 Zimmer. Ascenseur.

Für die kleinsten bis für die größten Knaben u. Mädchen empfehle ich:

Anzüge, Paletots, Costümes, Mädchen-Paletots

2c. 2c., ausschließlich nur neue Façons u. Stoffe zu außergewöhnlich billigen aber festen Preisen.

Alb. Schöbel, Mohrenstr. 33.

NB. Per Post fest gefaßte Gegenstände lasse franco zugehen. 3524

Frische Holländ. u. Engl. Austern, gr. Bretagner Hummern, Langousten, Crevettes, frische Seefische, frische Forellen, Madue Marinen, Branzini, Astrachaner Caviar, Norweg. Delicatess-Sill, Anchovis und Shrimps Pastes, grosse Rheinneunaugen, Cèpes à l'huile, Thon mariné, geräucht. Rheinlachs, Englische Schinken, Veroneser Salamy, Mortadella di Bologna, Göttinger Trüffel-Leberwurst, Strassburger Gänseleber-, Schnepfen-, Fasanen- und Rebhuhn-Pasteten en croûte und in Terrinen, Terrines de grives au genièvre de Montelimar, Poulards du Mans, Chapons de Bresse, Böhmische Fasanen, frische Waldschnepfen, Hasel- u. Prairiehühner, Becassinen, Norwegische Rennthier-Rücken u. -Zungen, Norweg. Geflügel, frische Perigords, Artischocken, Celery anglais, Salade romaine, Tomaten, reife Ananas, Spanische Trauben, Poires Duchesses, Französische Calvillen, Italienische Aepfel, grosse Valencia-Apfelsinen und Citronen, Mandarinen von Malta, Oranges sanguines, Muscateller Trauben-Rosinen, prima Smyrnaer Feigen, Datteln von Tunis, Chiavari- und Para-Nüsse, grosse Imperial-Pflaumen, Französische Prunellen, Fruits glacées, Türkische Rosenblätter und Datteln en confiture empfing 3155

F. W. Borchardt,
Hoflief. Sr. Maj. d. Kaisers u. Königs,
Sr. Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen,
Ihrer Königlichen Hoheiten des Prinzen Karl, des Prinzen Friedrich Karl, Prinzen Albrecht, Prinzen Alexander, Prinzen Georg von Preussen,
Sr. Majestät des Königs von Italien,
Sr. Kaiserl. Hoheit des Grossfürsten-Thronfolgers von Russland.
Berlin W., 48. Französische Strasse 48.

Nachstehende drei Briefe mögen wieder **Jedermann den sicheren Beweis liefern,** daß die **Güte** und **Bewährtheit** des **R. F. Daubitz**'schen **Magenbitters,** zubereitet von dem Apotheker **R. F. Daubitz, Berlin S.-W., Neuenburgerstraße 28,** über dessen Wirkung in allen öffentlichen Blättern **seit 18 Jahren unzählige wahrheitsgetreue Anerkennungen** gegeben sind, wohl **keinem** Zweifel unterliegt.

Herrn **R. F. Daubitz, Berlin, Neuenburgerstr. 28.**

Da meine Frau vor kurzer Zeit einige Flaschen von Ihrem Magenbitter bezogen und derselbe sich gut bewährt hat, so möchte ich Sie freundlichst bitten 2c. (folgt Bestellung).

Roeseliz p. Pyritz i. P., 16. Dezember 1878. **S. F. Thoens, Bauernhofsbesitzer.**

Ew. Wohlgeboren ersuche ich ganz ergebenst, mir 4 kleine Flaschen von Ihrem Magenbitter zugehen zu lassen. Ich habe denselben vor mehreren Jahren gegen Magenleiden gebraucht und hat mir **gleich geholfen** 2c.

Rickenbach b. **Altenhundem,** den 20. Dezember 1878. **Anton Schulte.**

Ew. Wohlgeboren erlaube mir ergebenst zu bitten, von Ihrem allgemein berühmten und für Aufrechthaltung der menschlichen Gesundheit bewährten Magenbitter mir baldigst 3 Flaschen übersenden zu wollen 2c. 3274

Wartenberg in **Ostpr.,** 6. Februar 1879. **J. V. Kisielnicki, pens. Lehrer.**

Ostsee-Heringe

in bekannter Güte. Täglich frisch sofort nach dem Fange in einer pikanten Weinsauce **marinirt,** sowie **Heringe** in Champignonsauce, versende in 4 Liter-Dosen à 6 M **H. Haefeke** in **Barth a. d. Ostsee.** 3526

15 Hedemann-Str. (an d. Königsgräber Str.) sind herrsch. Wohng. I. Etage 8 Z., II. Etage 7 Z. mit allem Comfort, Badest., Wasserheiz. z. 1. Octbr. zu vermiethen. 3491

Lichterfelde.
Parkhäuser, Berlinerstr., solides Haus mit 1½ Morgen großem hübschem Garten, bei geringer Anzahlung zu verkaufen. Off. sub **J. H. 4249.** befördert **Rudolf Mosse, Berlin SW.** 3493

Villa-Verkauf.

In der durch ihr mildes Klima und reinen Luft bekannten Lößnitz bei Dresden (dem sächsischen Nizza) haben wir zu verkaufen:

1 Villa für	9,500	Thlr.
1 „ „	11,800	„
1 „ „	12,500	„
1 „ „	18,500	„
1 „ „	20,000	„

Sämmtliche Villen sind von uns selbst gebaut, herrschaftlich und mit allem Comfort eingerichtet, mit schönen Gärten umgeben, haben außer guten Brunnen noch ausreichendes fließendes Wasser. Wasserleitung in die Gebäude, in den Gärten mit Springvorrichtung und Springbrunnen. Schöne Fernsicht, bequem nach der Eisenbahn, von Station Weintraube der Leipzig-Dresdener Eisenbahn täglich (binnen 10 Minuten) 12 Mal von und 14 Mal nach Dresden. 3428

Gebr. Ziller, Baumeister,
Poststation **Ober-Lößnitz-Radebeul.**

Zu Ostern d. J. sind zu **Lehsen** einige herrschaftliche **Villas** mit Gärten zu vermiethen.

Das Rittergut Lehsen bei Wittenburg in Mecklenburg-Schwerin ist an der Chaussee gelegen, ½ Stunde von der nächsten Stadt und 1½ Stunde von 2 Bahnhöfen entfernt. 594

Anmeldungen nimmt entgegen Herr Inspector **Marcus** zu Lehsen.

Rittergutsverkauf.

Ein Rittergut, ¾ Meilen Chaussee von Stadt und Bahnhof, 2500 Morgen incl. 500 Morgen Flußwiesen, in hoher Kultur, mit durchweg guten Gebäuden, altem Park, sehr schönem Inventar; Grundsteuer **495 Thaler,** ist für 320,000 Thaler bei 50,000 Thaler Anzahlung zu verkaufen. Näheres durch W. Hessemer, Berlin, Puttkamerstr. 17.

Rittergutsverkauf
resp. **Verpachtung.**

Die Wittwe des im November v. J. verstorbenen Besitzers von Groß Pobloth im Colberg-Cösliner Kreise, nahe der Eisenbahn belegen, beabsichtigt dasselbe mit sämmtlichem Inventar (ca. 60 Pferden und Fohlen, 160 Haupt Rindvieh, 600 engl. Schafen, 150 Schweinen, Lokomobile, div. Maschinen 2c. 2c.) zu verkaufen, event. auch zu verpachten. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen **C. Hagen,** Berlin SW., Tempelhofer Ufer 8a. 3520

Redakteur: Pinkter in Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin, Wilhelmstr. 32.

Frankreich.

— **Paris**, 11. März. Nach dem Vorgange der republikanischen Linken hat auch das linke Zentrum sich bereit, seine Fraktionsbeziehungen zu präzisiren. Es ist aber noch weiter gegangen und hat auch dem Kabinet gegenüber sich auf den Boden völliger Unabhängigkeit gestellt. Die „Debats" erklären sich mit dieser neuesten Taktik der dem Blatt vorzugsweise sympathischen Partei im allgemeinen einverstanden; im besonderen kommentiren sie auf die das Ministerium bezügliche Frontveränderung in sehr konziliantem Sinne. Diejenige Auslegung, welche den in Rede stehenden Schritt als eine Art von Kriegserklärung an das Ministerium auffassen will, erscheint dem konservativen republikanischen Journal als starke Uebertreibung. Alle Welt wisse, daß das Ministerium kein Ministerium centre-gauche sei, daß demzufolge das linke Zentrum niemals der Grundpfeiler dieser Kombination gewesen sei. Von speziellen Verpflichtungen der Partei dem Kabinet gegenüber könne deshalb nicht wohl die Rede sein; irrig aber sei es, hieraus den Schluß zu ziehen, als verweigerte das linke Zentrum der Regierung seine Unterstützung. Vielmehr werde die Unabhängigkeit dieser Partei, weit entfernt, den betreffenden Kabinetsmitgliedern lästig zu fallen, ihre Widerstandskraft gegen gewisse Strömungen verstärken, denen zu trotzen ihre naturgemäße Aufgabe sei. Der Wink ist deutlich, und jene Leute, an deren Adresse er sich wendet, werden ihn wohl verstehen. Ob sie demselben aber die Beachtung zollen werden, welche er in den Augen seiner Urheber, oder auch in Wahrheit verdient, ist eine andere Frage. Die Ansicht, daß das linke Zentrum aus der Noth eine Tugend macht und mehr unter dem Zwange der Verhältnisse als aus eigener, freier Initiative handelt, hat in der augenblicklichen Konstellation so mancherlei Wahrscheinliches für sich, daß sie nicht unbedingt von der Hand zu weisen sein dürfte.

Die „République française" plaidirt heute für die Vereidigung der Offiziere des aktiven Heeres auf die Republik als die gesetzliche Regierungsform des Landes. Dem Gambetta'schen Organe kommt es bekanntlich vor, daß in den Offizierskreisen die Meinung gepflegt werde, die Fernhaltung von allen Streitfragen der inneren Politik bedinge, daß der Offizier weder für noch gegen die Form der Regierung Partei ergreife. Man müsse verhüten, daß diese Meinung in der Armee festen Fuß fasse, da an der Spitze der Armee vielleicht Kommandeure stehen könnten, die aus ihrer Abneigung gegen die republikanische Regierungsform kein Hehl machten. Um den hieraus möglicherweise resultirenden Konsequenzen vorzubeugen, befürwortet das radikale Blatt die Einführung des Fahneneides unter Zugrundelegung einer Formel, welche die Treue gegen die französische Republik, Gehorsam gegen die Verfassung, die Landesgesetze und die militärischen Reglements vorschreibt. Als passendste Gelegenheit zur Verwirklichung dieses Planes schlägt die „Rep. franç." den Moment der Ausgabe der neuen Fahnen an die Armee vor. — In Saint-Etienne, wo jetzt von der Militairmusik bei der Retraite die „Marseillaise" gespielt wird, muß eine merkwürdige Disziplin herrschen, indem, wie der „Memorial de la Loire" berichtet, dort die Soldaten Arm in Arm mit den Kommunistenanhängern durch die Straßen ziehen.

Die Meldung der „Patrie", daß der Marschall Mac-Mahon an Herrn Grévy brieflich das freiwillige Anerbieten gerichtet hätte, eventuell an der Seite seiner Minister vom 17. Mai und vom 23. November auf der Anklagebank Platz zu nehmen, wird von den berufensten konservativen Organen, wie z. B. von dem „Moniteur universel", für unbegründet erklärt. Desgleichen ist es unrichtig, wenn auch in den Kreisen der Rechten einen Augenblick davon die Rede war, daß Herr de Fourtou in der Debatte über den Brisson'schen Bericht das Wort ergreifen wird, wahrscheinlich wird sogar der Minister des Innern in der Sitzung vom nächsten Donnerstag gar nicht erscheinen.

Die neu ernannten Botschafter, Admiral Pothuau, General Chanzy und Teissérenc de Bort, werden auf ihre Posten (London, Petersburg und Wien) erst dann abgehen, wenn das Verbleiben des Herrn Waddington im Amte durch einen vollständigen Sieg des Kabinets in der Frage des Ministerprozesses sichergestellt sein wird.

Der Pariser Gemeinderath beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Projekte, auf dem Kreuzweg vor der Sternwarte, dem Standbilde des Marschalls Ney gegenüber, dem großen Astronomen Leverrier ein Denkmal zu errichten. Ein viel umfassenderer Plan ist außerdem soeben von der Seine-Präfektur dem Kunstausschuß des Gemeinderaths unterbreitet worden. Derselbe betrifft die Ausschmückung der Fassaden des neuen Hotel de Ville. Es handelt sich dabei um nicht weniger als 254 Standbilder und 141 Bas-reliefs, die Reiterstatue Etienne Marcel's und die dekorativen Skulpturen, welche den Platz vor dem Stadthause schmücken sollen, nicht mitgerechnet. Der Kostenanschlag für die Bas-reliefs ist auf 287,000 und der für die Standbilder auf 904,506 Frcs. angesetzt und das Ganze soll binnen zwei Jahren fertig gestellt werden. Dem Kunstausschusse fällt nun die Aufgabe zu, die Liste der aus Paris gebürtigen großen Männer zu entwerfen, die in den Nischen des neuen Rathhauses ihren Platz finden sollen; dann wird man sich mit der Vergebung der Aufträge beschäftigen können. Den Pariser Bildhauern blüht jedenfalls eine gute Epoche.

Großbritannien.

♂ **London**, 11. März. Der Bischof von Natal hat in einem Privatbriefe Mittheilung über eine Erzählung gemacht, die 4 Natalsoldaten, die der Schlacht bei Isandula entronnen waren, von dem, was sie gesehen, ihren Stammesgenossen gemacht. Sie sagten: „Die Infanterie war im Anfang etwas von den Zulus entfernt, aber die Berittenen waren ihnen näher. Die Zulus waren auf einem Abhange, die Engländer unten, gut feuernd. Jene Truppen (die Zulus) waren ein Regiment junger Leute, die Ngalamatze, die Sonne wandte sich gegen Nachmittag. Der Zulu-Induna (Oberst) rief mit lauter Stimme: „Stellt das Schießen ein und geht Hand gegen Hand vor." Darauf nahmen die Ngalamatze ihre Gewehre in die Linke und stürmten allzusammen auf die englischen Reiter und das Fußvolk und drängten sie Alle an einander, mit den Assagais zustoßend und ausrufend: „Mamo! das Vieh meines Vaters." Nachdem die Leute dann erzählt, wie sie zum Flusse entronnen und ihn mit Mühe durchschwommen, sagen sie weiter: „Das Ngalamatze-Regiment hatte mittlerweile gleichfalls das andere Ufer des Flusses erreicht, die Flüchtlinge niederstoßend. Der Zulu-Induna rief da, als er sah, daß seine Leute übersetzen wollten, mit lauter Stimme: „Er hat nicht gesagt, daß ihr übersetzen sollt! Er greift nicht an; er vertheidigt das Land seines eigenen Volkes. Setzt nicht über! kommt zurück." Darauf kehrte das ganze Regiment um; da es nichts mehr niederzustechen hatte. Aber sie, wir waren blind bis dahin, denn dort war die ganze Zulumacht weit und breit, die auch nicht mit angegriffen hatte. Die ganze Zulumacht stimmte dann beim Kriegsgesang Dingaares an — die Erde erdröhnte davon — und sie zogen von dannen."

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 13. März, 11 Uhr.

Eingegangen sind ein Gesetzentwurf betreffend das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und sonstige Schuldverschreibungen und eine Uebersicht der seit 1873 im Extraordinarium der Marineverwaltung verwendeten und der zur Durchführung des Flottengründungsplanes noch erforderlichen Summen, unter Berücksichtigung der Gesammtsummen mit dem Anschlage nach dem Flottengründungsplan von 1873; ferner zur Kenntnißnahme der am 13. Juni 1878 zu Berlin zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei abgeschlossene Vertrag.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Berathung der internationalen Konvention, Maßregeln gegen die Reblaus betreffend.

Die Debatte haben wir schon in dem Resumé im gestrigen Abendblatte ausreichend skizzirt. Das Gleiche gilt von den kurzen Verhandlungen über den zur Berathung stehenden Theil des Marine-etats, den Etat der Justizverwaltung und des Reichs-Schatzamtes.

Im letzteren Etat wurde der Titel „Ravon-Entschädigungsrenten" (730,600 ℳ) an die Budgetkommission verwiesen.

Bei dem Etat des Reichs-Eisenbahnamtes erhielt zuerst das Wort

Abg. Richter (Hagen): Der Reichskanzler hat uns drei Beschwerden zugedacht; zu Weihnachten das Zollprojekt, zu Neujahr das Reichstags-Strafgesetz und einige Wochen später den Eisenbahnbrief an einen Kollegen. Ueber den letzteren will ich an dieser Stelle sprechen. Dieser Brief ist durch die „Norddeutsche Allgemeine" und das „Wolff'sche Telegraphenbureau urbi et orbi mitgetheilt worden. Ich war erstaunt, zu vernehmen, der „Kollege" sei der preußische Eisenbahnminister; dieser habe mir aber auf meine Anfrage im Abgeordnetenhause, daß Fürst Bismarck diesen Brief nicht als Ministerpräsident, sondern „als Reichskanzler geschrieben habe; ich möchte daher den Reichskanzler nur im Reichstage interpelliren, da würde mir der preußische Minister eine Antwort nicht schuldig bleiben. Wo treffe ich nun hier den Reichskanzler? (Heiterkeit.) Ich bin sogar geneigt, mich mit der Antwort eines kleineren Staatsmannes zu begnügen; aber an wen soll ich mich wenden? Die Stelle des Präsidenten im Reichs-Eisenbahnamt ist nicht besetzt; der Stellvertreter des Reichskanzlers, Graf Stolberg, ist nicht zugegen. Der Gedanke des Reichskanzlers hat schon eine Form angenommen; er ist als Antrag an den Bundesrath gelangt mit einer Denkschrift, die vom Generalpostmeister ausgearbeitet und im „Aktionair", der ja im Eisenbahnwesen eine offizielle Rolle spielt, veröffentlicht ist. Soll ich mich an den Generalpostmeister, den Verfasser der Denkschrift wenden? Dann könnte ich meinen Vortrag hier abbrechen und ihn bis zum Etat fortsetzen, wenn es der Herr Präsident gestattet; aber unsere Geschäftsordnung ist noch nicht ganz genau auf die verkehrte Welt, welche der Reichskanzler geschaffen hat, zugeschnitten; ich werde deshalb lieber hier fortfahren, selbst auf die Gefahr hin, nur von einem wagenden Rath, der das Konzept der Denkschrift nicht abgefaßt hat, eine Antwort zu erhalten. Das Ausarbeiten eines Tarifgesetzes im jetzigen Augenblicke ist um so wunderbarer, als der preußische Eisenbahnminister eben erst ein Reichseisenbahngesetz ausgearbeitet hat. Wir sind stets für eine reichsgesetzliche Regelung der Eisenbahnaufsicht eingetreten; das verschwindet jetzt und es erscheint ein Reichsgesetz über Gütertarife. Wir sind einer gesetzlichen Regelung einzelner Fragen nicht abgeneigt; ja einzelne Theile eignen sich vielleicht zur abgesonderten Behandlung in einem Spezialgesetz; ob aber gerade die Tariffrage, der wichtigste und schwierigste Theil des ganzen Eisenbahnwesens, sich für eine solche Spezialgesetz eignet, weiß ich nicht. Soll das Tarifgesetz aber ein Mittel zur Verwirklichung des Reichseisenbahn-Projekts sein, so verwerfe ich es von vornherein. Meine Partei ist stets dem Reichseisenbahn-Projekte feindlich gewesen und ich kann mich nur freuen, daß die Freunde desselben Rüsler, die Gegner zahlreicher geworden sind. Selbst wenn man das Reichseisenbahn-Projekt billigt, braucht man der gesetzlichen Regelung des Gütertarifes doch noch nicht zuzustimmen. Denn der Gedanke ist aus einer falschen Analogie, die man aus dem Post- auf das Eisenbahnwesen gezogen hat, hervorgegangen. Seiten ist mir ein solches Phantasiestück vorgekommen, wie diese Denkschrift, welche die Vorlage an den Bundesrath begleitet; sie sagt unter Anderem, es bestehe eine Analogie zwischen Post und Eisenbahnen, überhebt sich aber ganz der Mühe, dies zu untersuchen. Die Post hat die Vermittelung von persönlichen Beziehungen und Gedanken zur Aufgabe, die Eisenbahnen die Güterausgleichung zwischen Produktion und Konsumtion. Die Paketverkehrsziffern über 90 Prozent 10-Pfund-Pakete, die Postverkehre ist nur künstlich, weil er sich auf die Verpflichtung der Eisenbahnen, diese Pakete unentgeltlich zu fahren, stützt. Sehr richtig.) Die Denkschrift beruft sich darauf, daß die Post vor Einführung der Eisenbahnen allein den Schnellverkehr der Waaren und Pakete hat, Personen noch nur Analogien für den Güterverkehr der Bahnen liefern, welcher noch nicht 1 Prozent der 24 Milliarden Zentner darstellt, welche die Eisenbahnen transportiren. Höchstens könnte doch mit dem Postpaketverkehr nur der Stückgüterverkehr der Bahnen verglichen werden. Aber letzterer beträgt nur 1/10 des gesammten Frachtverkehrs der Bahnen und bringt denselben noch nicht ein Fünftel der Einnahme aus dem Gütertransport. Als jetzt im Publikum verteilten Tarifprogramm beziehen sich durchweg nur auf den Wagenladungsverkehr, die Versendung von mehr als 100 Ztr. Dieses betrifft die Frage der Differentiale und Ausnahmetarife. Für Stückgut dagegen besteht nur eine Tarifstufe mit fast gleichen Frachtsätzen zwischen 11 und 13 ₰. Ueber die Hälfte der bestehenden Ausnahmetarife ist soeben erst mit Genehmigung der Behörden auf Grund des Reformprinzips eingeführt worden; das spricht schon für ihre innere Nothwendigkeit. Nichts ist verkehrter, als zu glauben, die Eisenbahnen könnten ihre Tarife willkürlich gestalten, sie müssen von selbst billige Tarife einführen, um durch vermehrte Transportmengen sich größere Einnahmen zu verschaffen, als es vielfach bei höheren Tarifen ihnen möglich ist. Gerade bei den Massengütern im Wagenladungsverkehr tritt das sogenannte natürliche Monopol zurück und erzwingt die Konkurrenz der Wasserstraßen, sowie der Konkurrenzbahnen für Kohlen, Holz, Eisen, Getreide, die niedrigeren Tarife. Gerade diese Konkurrenz, welche auf großen Strecken am stärksten ist, erzwingt dort die Differentialtarife. Die Denkschrift macht es den Eisenbahnen zum Vorwurf, daß sie Industrien groß ziehe. Gerade das aber ist die Aufgabe der Eisenbahnen; nicht aus Bosheit und unter ihren Selbstkosten transportiren sie, sondern weil sich beim größeren Transport nach billigeren Tarife die Einnahmen für sie höher stellen. Die Herren aus Oberschlesien beklagen sich über die billigen Tarife, welche ihnen durch Import Konkurrenz machen; aber sie beklagen sich nicht, sondern schweigen über die billigen Differentialtarife, welche ihre Kohlen, Sprittzeugnisse von Oberschlesien ausführen. Die Sprittzeugnisse gehen jetzt viel Mühe, einen Differentialtarif für die Ausfuhr zu erhalten, ebenso wollen die schlesischen Sprittzeugnisse den Differentialtarif gegen Sachsen, welcher die größere Entfernung für den Absatz nach dem Westen ausgleicht. Gerade wenn man das natürliche Interesse aller Konkurrenten walten läßt, wird das gemeinsame Interesse am ehesten gefördert. Freilich, die Denkschrift scheint die Konkurrenz der verschiedenen Wirthschaftsgebiete in Deutschland überhaupt aufheben zu wollen, wie es dort heißt, im Interesse des Gedeihens der Reichsangehörigkeit; auch die Konkurrenz nicht blos mit dem Auslande, sondern auch im Inlande soll schon von Reichswegen geregelt, also schließlich unsere gesammte Produktion und Konsumtion vom Reichskanzler bestimmt werden. Noch unglücklicher als das Projekt gleicher Tarife ist der Gedanke, die Tarife gesetzlich zu fixiren. Ernte, Witterung, konkurrirende Wasserfahrten, der beständige Wechsel in den Produktions- und Absatzverhältnissen bedingen Tarifänderungen, der gleiche Tarif würde gerade unter veränderten Verhältnissen eine veränderte Bedeutung bekommen. Die Denkschrift des Generalpostmeisters will endlich den Verbandsverkehr möglichst auf die kürzeste Linie zusammendrängen; auch dies ist falsch. Beim Postverkehr kommt es mehr auf Schnelligkeit an, als darauf, ob Briefe 5 Kilo oder Gewehre 10 Kilometer weiter gefahren werden. Die kürzeste Linie ist nicht immer die billigste, man denke nur an Tunnels, Brücken und Gebirgsbahnen. Die Zentralisation braucht heute wahrlich nicht künstlich gefördert zu werden: Die Betheiligung mehrerer Linien am Verbandsverkehr schützt vor Monopolstellung. Ich bitte mich in Bezug auf alles Gesagte nicht mißzuverstehen. Wenn ich die natürlichen Gesetze des Eisenbahnverkehrs darlege, so bin ich darum nicht der Meinung, daß Staatsaufsicht und Tarifaufsicht zu entbehren sei; wo nicht das wohlverstandene Interesse des Eisenbahnunternehmens selbst maßgebend ist, sondern persönliches oder Nebeninteresse eines Direktors nachgewiesen werden kann, würden ich dagegen dem Reich ebenso eingreifende Befugnisse geben, wie sie in England vorhanden sind. Darauf aber lassen sich die bis jetzt erhobenen Beschwerden von Produzentenkreisen nicht zurückführen. Soweit eine gesetzliche Regelung des Tarifwesens nothwendig und nützlich ist, wünsche ich dieselbe von Reichswegen, aber nicht auf der Grundlage des Kanzlerprojekts, sondern unter Anlehnung an das bestehende Recht. Dasselbe geht schon weiter, als sich die wirthschaftlichen Verhältnisse schablonisiren lassen. Der Brief des Kanzlers bietet die Spitze gegen Privatbahnen, während doch das bestehende Tarifsystem auch für Staatsbahnen gilt. Gerade die preußischen Staatsbahnen haben die meisten Differentialtarife auf Kosten heimischen Grunde, weil der Import von Rohstoffen meist vom Osten und über Schlesien kommt. Weil wir mehr Fabrikate als Rohstoffe exportiren, haben wir naturgemäß mehr Differentialtarife für den Import als für den Export. Während die Denkschrift das bestehende Recht richtig schildert, kehrt sich der Brief des Kanzlers gegen die Privatbahnen und spricht von Ausnahmen für Privatinteressen ohne gesetzliche Kontrole. In gehässiger Weise werden die Eisenbahnen mit den Generalpächtern von Abgaben verglichen, welche doch ihrerseits für ihre Erhebungen nichts zu leisten haben. Der Brief des Kanzlers ist urbi et orbi zur Kenntniß von Millionen gekommen; die falsche Darstellung unserer Rechtsverhältnisse muß darin beim großen Publikum ganz falsche Vorstellungen erwecken. Der Reichskanzler braucht in seinem Briefe das häßliche Wort „Ausbeutung" für Privatinteressen, wie es sonst nur sozialdemokratische Redner gebraucht, wie „Blut, armer Arbeiter", welche die Privatbesitzbahnen sind. Die Hälfte derselben giebt jetzt überhaupt keine Dividende, die Mehrzahl der übrigen weniger als 5 Prozent. Das muß ich allerdings sagen, der Brief des Reichskanzlers ist gleich seinen anderen Briefen überaus geeignet, Unzufriedene anzulocken und Unzufriedenheit zu erzeugen: wer sich sonst über eine Eisenbahn geärgert hat, kann sich einbilden, im Reichskanzler einen Bundesgenossen zu finden. Es werden Ansprüche nach allen Seiten wachgerufen, die keine Regierung und kein Staat befriedigen kann, weil ihre Befriedigung außerhalb der Macht des Staates liegt und in der Natur der Dinge widerspricht. Daß ich mich dabei das Schlimme bei diesen Kanzlerprojekten. Die Realisirung des Eisenbahnprojekts fürchte ich aber am wenigsten. Das Projekt ist an den Bundesrath gelangt, aber er scheint nicht geneigt, eine Art von Zolltarifkommission einzusetzen; die Mittelstaaten werden erkannt haben, daß hier ihre vitalsten Interessen in Frage kommen. (Abg. v. Kardorff: Aha!) Bitte, Herr v. Kardorff, setzen Sie sich darüber mit Ihren Fraktionsgenossen aus Sachsen und Württemberg zunächst auseinander! Auf der Grundlage dieses Projekts, das bin ich sicher, wird im Bundesrath kein Tarifgesetz zu Stande kommen, aber schon das Schweben dieses Projektes hat große Nachtheile zur Folge. Es sind nun einmal viele Leute der Meinung, der Reichskanzler setzt schließlich doch Alles durch, was er will. Darum schadet das Schweben eines solchen Projektes der weiteren Entwickelung des Eisenbahnwesens, hemmt Verbesserungen und Erneuerungen, macht die Wertbschätzung von Millionen von Kapital in Privateisenbahnen unsicher. Ich möchte dabei den Bundesrath bitten, in diesem Falle einmal den Reichskanzler jet

diese Denkschrift erhoben hat, durchaus sachlich gehalten waren. Vielleicht wird sich bei der dritten Lesung Gelegenheit finden, darauf noch einmal zurückzukommen. Der Hr. Abg. Richter hat seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß wir uns in Betreff der Differentialtarife immer nur über diejenigen Differentialtarife beschwerten, durch die wir geschädigt würden, dagegen nie anerkännten, daß es auch andere Differentialtarife gäbe, die uns zu Gute kommen. Ich erkenne das vollkommen an. Soweit die Differentialtarife dahin gehen, unseren Export nach dem Auslande zu befördern, bin ich natürlich für dieselben. (Heiterkeit, links.) Ja, meine Herren, daß ist doch ganz selbstredend; wir müssen uns auf dem wirthschaftlichen Gebiete gegen das Ausland vertheidigen, eben so wohl mit den Mitteln der Eisenbahnpolitik, als mit denen der Zollpolitik. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, ich bin überhaupt nicht ein prinzipieller Gegner der Differentialtarife; ich halte nur an dem Grundsatze fest, daß für die Regelung der Differentialtarife nicht lediglich der Vortheil der Eisenbahnen, sondern vielmehr das Gesammtinteresse der Nation das Maßgebende sein soll. Der Herr Abg. Richter hat sich sodann dahin geäußert, die Vernichtung, wie er sich ausgedrückt hat, der Privatbahnen wäre ein großer wirthschaftlicher Fehler. Nun, meine Herren, ich glaube, in in dieser Beziehung steht doch der Herr Abg. Richter mit seiner Ansicht ziemlich isolirt da. (Oho nein! links.) Das Eisenbahnprogramm, welches der preußische Herr Handelsminister im preußischen Abgeordnetenhause entwickelt hat, führt in seiner Konsequenz dahin, daß die Privatbahnen beseitigt werden; (Leider! links.) und, meine Herren, wenn ich die Berichte aus dem Abgeordnetenhause richtig aufgefaßt habe, so hat die Mehrheit der nationalliberalen Partei und auch die Mehrheit des Hauses, diesem Programm als Solchem zugestimmt; über das Tempo der Ausführung, und über die Modalitäten können ja verschiedene Ansichten sein. Der Herr Abg. Richter hat sodann sich über die Bedürfnißfrage einer reichsgesetzlichen Regelung der Tarife geäußert. Ich muß bekennen, es ist mir nicht klar geworden, ob der Herr Abg. Richter für oder gegen diese Regelung ist. Im Anfang seiner Ausführungen hat er gesagt, er sei eigentlich nicht dagegen; gegen Ende aber hat er, wie ich ihn verstanden habe, sich doch dahin geäußert, dieselbe sei bedenklich. Er hat dagegen zwei Gründe aufgeführt. Zunächst hat er gesagt, schon jetzt sei das Aufsichtsrecht in den Einzelstaaten vollkommen hinreichend; es bedürfe einer gesetzlichen Regelung gar nicht. Ja, meine Herren, ich will im Prinzip vielleicht dem Herrn Abg. Richter darin Recht geben, ich will anerkennen, daß ein preußischer Handelsminister mit voller Ausnutzung der Befugnisse, die er hat, im Stande ist, und wenigstens von den größten Mißbräuchen, die von Seiten der Eisenbahnen begangen werden sind, zu befreien. Aber, meine Herren, Sache liegt thatsächlich heute so, daß unsere ganze Eisenbahnpolitik lediglich von der persönlichen Auffassung des preußischen Herrn Handelsministers abhängig ist. Meine Herren, das werden Sie, glaube ich, nicht bestreiten können und ich glaube darum, daß wir mit vollem Rechte eine gesetzliche Regelung fordern müssen. Das Jahr 1876 hat klar geworden, ob wir Reichsbahnen zu, daß es nicht möglich ist, jede einzelne Modalität gesetzlich festzustellen, aber ich glaube allerdings, daß gesetzliche Normen geschaffen werden müssen. Der Herr Abg. Richter hat sodann die Mittelstaaten gewarnt vor einer solchen gesetzlichen Regelung des Tarifwesens. Er hat ausgeführt, daß wir dadurch schließlich zu dem Reichseisenbahnprojekte führen. Ich faße diese Warnung als einen Appell an den Partikularismus auf. Nun, meine Herren, nach meiner Auffassung liegt die Sache gerade umgekehrt. Nach meiner Auffassung stehen wir einfach vor der Alternative: wollen wir Reichseisenbahnen haben oder wollen wir eine reichsgesetzliche Regelung des Eisenbahnwesens haben? Meine Herren, ich sage es ganz offen, ich habe mich früher für das Reichs-Eisenbahnprojekt lebhaft interessirt und so lange ich mich für dasselbe interessirt habe, habe ich jeder reichsgesetzlichen Regelung nach meinen schwachen Kräften Widerstand geleistet, weil ich mir einfach sagte: die Sache muß noch viel ärger werden, dann werden wir zu den Reichseisenbahnen kommen. Jetzt aber, wo ich mich davon überzeugt habe, daß die Reichseisenbahnen undurchführbar sind, sage ich: es bleibt nichts übrig, als daß wir den Weg der gesetzlichen Regelung des Tarifwesens beschreiten. Meine Herren, ich halte es für einen sehr glücklichen Gedanken, daß man nicht auf einmal diese ganze schwierige Materie der Eisenbahngesetzgebung in Angriff nimmt, sondern daß man sagt: hier ist ein einzelner Gegenstand, das Tarifwesen, dieser Gegenstand ist dringlich, wir wollen ihn zunächst herausheben und wollen ihn regeln. Meine Herren, das sage ich ganz offen, ich meine, gerade diejenigen Elemente, die dem Reichseisenbahnprojekte aus irgend welchen Gründen widerstreben, gerade diese, meine ich, müßten den Herrn Reichskanzler auf das Lebhafteste unterstützen, wenn er jetzt es unternimmt, das Tarifwesen durch ein Reichsgesetz zu regeln.

Abg. v. Kardorff: Das Verlangen des Abg. Richter nach einer Aeußerung des Reichstags über die Denkschrift, damit nicht etwa ein Gesetzentwurf abgelehnt werde, wäre berechtigt, wenn dieser Abgeordnete Vertreter der Majorität des Reichstags wäre. Das ist er aber weder in dieser noch in einer anderen Frage. Ich muß mir gefallen lassen, wenn Sie von meinen Ausführungen über Eisen, Sprit und Interessen des Grundbesitzes alles dasjenige in Abzug bringen, von dem Sie glauben, daß es aus meinem persönlichen Interesse hervorgeht. Aber um mir Schweigen darüber zuzuerlegen, daß sind diese Fragen zu allgemein. Ich erkenne die Interessen des ganzen Landes. Der Abg. Richter drückte sich, er würde niemals über Dinge sprechen, die sein eigenes Interesse tangiren. Die Preßinteressen tangiren sehr sein eigenes Interesse. Nach meiner Erinnerung hat er aber darüber sehr lebendig gesprochen. Er weist selbst darauf hin, wie schwankend und sinkend die Erträgnisse der Eisenbahnen in den letzten Jahren gewesen sind. Sollte das nicht beweisen, daß die Eisenbahnen heute gegen ihr eigenes Interesse eine falsche Politik verfolgen, indem sie das Hauptgewicht auf den Durchgangsverkehr legen und den Lokalverkehr vernachlässigen, und daß es für sie selbst eine Wohlthat sein wird, wenn sie einmal auf einen anderen Weg gewiesen werden. Ueber die Refaktien und Differentialtarife hat für heute der Graf Stolberg gründlich geantwortet. Ich glaube, die ganze Debatte wird das Resultat liefern, nicht die Ueberzeugung, die Herr Richter vertritt, sondern diejenigen Meinungen zu kräftigen, welche vom Reichskanzler und meiner Partei vertreten werden.

Abg. Windthorst: Ich bin persönlich immer ein Gegner des Reichseisenbahnplanes gewesen und bin von dem ersten Moment, wo der Gedanke hier ausgesprochen worden, dagegen aufgetreten. Ich freue mich, daß der Graf Stolberg erklärt, er habe diesen Plan aufgegeben. Dafür will er aber Staatseisenbahnen in den Einzelstaaten. Ich gebe ihm zu, daß der preußische Handelsminister sich im Abgeordnetenhause in einem Sinne ausgesprochen, der dieses System anbahnt; glaube aber, daß diese Ausführungen nur gemacht worden sind um auf das Reichseisenbahnprojekt zurückzukommen. Dagegen kann ich nicht zugeben, daß das preußische Abgeordnetenhaus sich mit den Plänen des Ministers einverstanden erklärt habe. Man hat nur eine Resolution, nach welcher vom Ankauf von Privatbahnen vorläufig Abstand genommen werden sollte, abgelehnt. Es ist ja klar, daß jetzt nichts bei schließen. Ich glaube, wenn das preußische Abgeordnetenhaus jetzt vollzählig zusammen wäre, so würde es den Ankauf von Privatbahnen nicht billigen. Zwar glauben Manche, daß sie damit nicht für immer die Acquisition von Privatbahnen ablehnen würden; sie halten nur die gegenwärtige Zeit für nicht dazu geeignet. Das haben sogar Mitglieder ausgesprochen, die ganz bestimmt für Staatsbahnen sind. Ich meine, daß das gemischte System im Interesse der weiteren Entwicklung der Eisenbahnen und in dem des ganzen Publikums liegt. Darüber, ob die Tarife durch ein allgemeines Gesetz festzustellen seien, ist hier ganz allgemein gesprochen worden, und zwar so, daß beide Theile Recht behalten konnten. Was man aber eigentlich in dieser Richtung will, davon haben wir nichts gehört. Der Graf Stolberg will nicht alles Einzelne feststellen, aber er verlangt bestimmte Grundsätze. Wir wollen warten, bis solche vorgelegt werden, aber uns heute nicht erhitzen und in dieser großen Frage Position nehmen. Wir thäten wohl, die ganze wirthschaftliche Frage ruhiger aufzufassen und nicht vorellig überall Erklärungen abzugeben. Die Sache ist ernst und muß ernst geprüft werden. Was das schließliche Resultat sein wird, weiß ich nicht, aber aus den jetzigen Diskussionen gehe ich so belehrt heraus, wie ich hereingekommen bin. (Heiterkeit.)

Abg. Rickert: Auch ich meine, daß der Abg. v. Kardorff mit Unrecht glaubt, daß die heutigen Ausführungen, namentlich die von jener Seite, im Lande die Meinung derjenigen stärken, welche die Politik des Reichskanzlers in der Tariffrage vertreten. Die Sache ist nicht so leicht zu erledigen, daß die wenigen Ausführungen solche übergängende Wirkung hätten. Ich habe darin jedes Detail vermißt, ohne welches diese Frage nicht zum Abschluß zu bringen ist. Man muß vielmehr die Prinzipien reiterei ganz unterlassen. Ich bin weder für noch gegen die Differentialtarife; man kann die Frage aber auch nicht so beantworten, wie Graf Stolberg es will, nämlich im Innern verneinen, nach Außen bejahen. Was die Seefähre betrifft, so kann man im Namen derselben jetzt kaum mehr sprechen, ohne daß man sich bewußt wäre, daß Gadamit die Prinzipien. Es wird aber die Zeit kommen, wo man anerkennen muß, daß auch die Interessen einer Gegend zu berücksichtigen sind, die zur Zeit, als das Vaterland am Boden lag, mit ihrer ganzen Existenz für seine Rettung eintrat. Damals hielt man die Interessen der Küstenstriche für gleichberechtigt mit denen des Binnenlandes. Heute wird die Rhederei ebenso behandelt, als verdienen sie nicht dasselbe Interesse wie die Binnenindustrie. Bei den Differentialtarifen aber sind die Seestädte nicht in der Art und dem Umfange interessirt, wie vorhin geäußert wurde. Für meine Heimatsstadt Danzig haben die Differentialtarife für gewisse Zweige geradezu tödtlich gewirkt, und die Vertreter dieser Stadt haben Jahre lang gekämpft, um gewisse Differentialtarife zu beseitigen, die den Verkehr zu unterdrücken suchten. Man kann aber diese Frage nur an der Hand konkreter Thatsachen beurtheilen, mit deren Ermittelung die Enqueten noch nicht fertig sind. Ich beunruhige mich aber gar nicht über alle die Experimente, die auf uns zustürmen; die Tariffrage ist wichtiger und schwieriger als die Zollfrage. Aber, meine Herren, die Seele, die das große Experiment ihrer Lösung in die Hand nehmen, noch Jahre lang damit fertig bleiben, indem sie die Techniker nicht finden, die die schönen Gesetze ausarbeiten, mit denen man die ausgleichende Gerechtigkeit im Eisenbahnwesen herbeiführen will. — Ich frage nun die Regierung, welche Ansicht sie — bei der Förderung von Lokalbahnen hat. Wir werden kaum im nächsten Jahre nicht viel Normalbahnen bauen, da hier eine Ueberproduktion vorhanden ist. Dagegen ist die Förderung von Lokalbahnen dringend nöthig, weil sie als Zubringer für die Normalbahnen dienen sollen, und weil wir, je länger wir mit ihrer Durchführung zögern, um desto mehr unnützes Geld für Chausseen ausgeben, für welche keine Verschwendung getrieben werden darf. Um die Lokalbahnen zu fördern, sollten ihnen Erleichterungen gewährt werden gegenüber der Militärverwaltung, der Post- und Marineverwaltung und in Bezug auf die Tarife. Diesem Wunsche des preußischen Abgeordnetenhauses soll die Reichsregierung, wie der preußische Handelsminister erklärt hat, bereits Rechnung tragen. Die Frage muß aber definitiv, und zwar gesetzlich, geregelt werden.

Regierungskommissar Geh. Rath Körte: Die Reichsregierung wendet der Förderung der sogenannten Lokalbahnen in Erkenntniß ihrer hochwichtigen Bedeutung die vollste Aufmerksamkeit zu. Das Reichseisenbahn-Amt insbesondere ist stets für die Gewährung möglichster Erleichterungen eingetreten, wie dies die Bahnordnung für Bahnen untergeordneter Bedeutung vom 12. Juni v. J. durch ihre Bestimmungen über den Bau und die Ausrüstung der Betriebsmittel in Bezug auf die Signaleinrichtungen und den Betrieb selbst bewiesen. Was die einzelnen Fragen betrifft, so ist über das Verhältniß der Postverwaltung zu den Lokalbahnen zwischen den zunächst betheiligten Ressorts eine Verständigung über Normativbestimmungen erfolgt, welche für alle neu anzulegenden Bahnen Anwendung finden sollen. Dieselben gehen davon aus, daß den Lokalbahnen nicht finanzielle Opfer auferlegt werden, welche deren Zustandekommen oder Bestandfähigkeit irgendwie gefährden könnten; im Prinzip ist die Erhaltung der Selbstkosten bezüglich der Leistungen für die Postverwaltung angenommen. Hinsichtlich des Verhältnisses zur Telegraphenverwaltung ist eine feste Regelung noch nicht erfolgt, sie wird voraussichtlich im Anschluß an eine allgemeine Regelung des Verhältnisses der Hauptbahnen zur Telegraphenverwaltung erfolgen. Mit der Militärverwaltung sind die Verhandlungen noch im Gange. Es wird ein ausführliches Reglement ausgearbeitet, doch konnten die bisherigen Verhandlungen darüber noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

Der Etat des Reichs-Eisenbahnamts wird unverändert bewilligt.

Beim Etat des Reichskanzler-Amtes für Elsaß-Lothringen bemängelt Abg. Winterer die von einem Regierungsrathe auf Veranlassung des Bezirkspräsidenten herausgegebene Gesetzsammlung. Der Redner führt aus, daß die Gefängnisse in Elsaß-Lothringen, besonders moralische Zustände sich erheblich verschlimmert und in dessen Spitälern die Fälle von Syphilis erheblich zugenommen hätten, eine außerordentlich große Zahl von Ausländern beherbergten, so daß man bedenklich zweifelte, ob Elsaß-Lothringen für den Sammelplatz von Banditen und Landstreichern aus den benachbarten Ländern zu erklären. Die Polizei könne man insofern nicht von aller Schuld freisprechen, als sie ihrer politischen Aufgabe zu viel Aufmerksamkeit schenke. Redner behauptet schließlich, daß das Steuersystem eine Ueberschwemmung der Reichslande mit Sprit und gefälschtem Rothwein und eine Konsum von Branntwein herbeigeführt habe, der an die Grenzen Uebrschreite; das Land leide stark unter dieser Plage des Alkoholismus, auf welchen die starke Vermehrung der Zahl der Geisteskranken zurückzuführen sei.

Unterstaatssekretair Herzog erwidert, daß die vom Vorredner bemängelte Ueberlegung zwar auf Anregung des Oberpräsidenten entstanden sei, aber keine offizielle Autorität besitze. Die Zunahme der Gefangenen erklärte sich hinlänglich durch die Lockerung des Strafgesetzes und die strengere Aufsicht. Ueberdies dürfe man nicht vergessen, daß die Regierung die in den französischen Gefängnissen inhaftirten Gefangenen, welche aus Elsaß-Lothringen stammten, habe übernehmen müssen. Gerade die Geistlichkeit habe die Pflicht, die Regierung in ihren auf die Hebung der Sittlichkeit gerichteten Bestrebungen zu unterstützen und die Regierung würde eine solche Unterstützung dankbar willkommen heißen. Was die Vermehrung des Branntweingenusses anlange, so schenke die Regierung dieser Seite des öffentlichen Lebens die größte Aufmerksamkeit.

Abg. Dr. Zinn hält dem Abg. Winterer entgegen, daß er unterlassen habe, mitzutheilen, wie groß früher in Elsaß-Lothringen die Zahl der Fälle von Syphilis und Wahnsinn bei Soldaten gewesen sei. Für die Erscheinung, daß im Lande die Zahl der Geisteskranken zugenommen habe, dürfe man die Regierung nicht verantwortlich machen, da diese Erscheinung eine ganz allgemeine sei. Der Hauptgrund für dieselbe sei in der größeren Sorgfalt, die man diesen Kranken jetzt zuwende, und in dem erhöhten Verständniß für diese Krankheiten zu suchen. Man habe also, daß diese Behauptungen der Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen in reinen Nichts zerfielen, sobald man denselben näher trete.

Abg. Windthorst kann diese letzte Ansicht nicht theilen und behauptet, daß die Regierorden aus den Reichslanden um so mehr ein Recht hätten, Mißstände im Reichstage zur Sprache zu bringen, als die Regierung bei ihrer großen Entfernung von Elsaß-Lothringen nicht die nöthige Wachsamkeit entwickeln könne. Was die Ueberlegung des Gesetzes anlange, so sei es sehr wünschenswerth, daß die Regierung in der Presse des Landes darauf aufmerksam mache, daß diese Ueberlegung keine offizielle sei und sie überhaupt dafür sorge, daß endlich in Elsaß-Lothringen ordentliche Preßzustände hergestellt würden. Den Appell des Unterstaatssekretairs an die Geistlichen des Landes begrüße er als Beweis dafür, daß die staatlichen Behörden der Unterstützung der Kirche bedürfen; dann solle der Staat die Kirche aber auch freundlich behandeln und ihr vor allen Dingen nicht den Einfluß auf die Schule entziehen. Die richtige Behandlung der Kirche in Elsaß-Lothringen sei aber auch eine bedeutende politische Weisheitsmaßregel, die sich da besonders geltend machen werde, wo man in Frankreich mit den Verfolgungen der Kirche beginne. (Beifall im Zentrum.)

Der Etat wird unverändert bewilligt.

Ohne erhebliche Debatte erledigt das Haus die Etats des Rechnungshofes und des allgemeinen Pensionsfonds; bei dem letzteren fragt Abg. v. Bernuth, wie schon in früheren Jahren, ob endlich die seit sieben Jahren versprochene Vorlage wegen gesetzlicher Regelung der Unterstützung der Hinterbliebenen von Reichsbeamten erfolgen werde. Reichskanzler-Amts-Präsident Hofmann: Die Vorlage ist fertig gestellt und den betheiligten Ressorts der Reichsverwaltung zur Aeußerung zugegangen; es muß nun noch die kommissarische Berathung stattfinden, ehe die Vorlage an den Reichstag gelangt; ob diese Verhandlungen so schnell erledigt werden können, daß die Vorlage noch jetzt an den Reichstag kommen kann, vermag ich nicht zu sagen.

Um 4½ Uhr vertagte das Haus die weitere Berathung des Etats bis Sonnabend 12 Uhr; außerdem steht noch die Konvention betr. Schutzmaßregeln gegen die Reblaus in dritter und das Vogelschutzgesetz in erster Lesung auf der Tagesordnung.

Die Marpinger Angelegenheit
vor Gericht.

Saarbrücken, 10. März 1879.

(Sitzung vom 10. März, Nachmittags 4½ Uhr.)

Zeuge Math. Schmitz, Ackerer von Wiesbach, Vater eines gliederkranken Kindes, wohnt nach der Dicke'schen Broschüre, angeblich geheilt worden sein soll. Zeuge hatte über die angebliche Heilung eine Erklärung in der „Saarzeitung" erlassen, welche ebenfalls verlesen wird. Zeuge, der selbst zugiebt, nur die Elementarschule besucht zu haben — will nicht sprechen, und nur mit Zögern sagt er erst. Der Pastor von Tholey habe sie geschrieben. Näher an den Gerichtstisch tretend, wiederholt er nochmals, sagt er, es sei in Wiesbach geschrieben und an die „Saarzeitung" gesandt worden, schließlich sagt er, ein Kaufmann Johann Caspar zu Wiesbach habe es geschrieben. Dann sagt er, der habe es aber nicht geschrieben, sondern nur der Zeitung geschickt. Giebt nun eine Erzählung seines Besuches der Gnadenstätte mit dem kranken Kinde; sagt, die Wunderkinder hätten gebäuet, das Gebrünge von Kranken sei zu groß; es könnten nicht Alle berührt werden, doch solle Allen, die an Maria glaubten, geholfen werden. Ihm sei geholfen worden, das Kind wurde besser und konnte bald wieder gehen. Zeuge ging, wie er behauptet, freiwillig zu dem Caspar, dem er die Sache erzählte, ob er etwas unterschrieben, wisse er nicht. Das Kind, welches auch jetzt noch sehr schwächlich ist, wird dem Gericht vorgestellt. Zeuge hat einmal den Doktor von Illingen betr. des Kindes konsultirt. Ob der beschuldigte Reckenwald der Mann war, welcher sagte, das Gebränge sei zu groß zc., weiß sich Zeuge nicht mehr zu erinnern.

Dr. Bär bekundet, daß die Krankheit des Schulz'schen Kindes rachitische Verzögerung des Knochenwachthums war, betreffs der angeblichen Heilung sei nur zu bemerken, daß das Kind früher deßhalb nicht gehen konnte, weil es eben die Schmerzen scheute. Als es einmal ernstlich dazu angehalten wurde, konnte die Besserung leicht eintreten.

Der Kaufmann Caspar, den Zeuge als Verfasser der Erklärung angab, soll telegraphisch als Zeuge in die morgige Sitzung stiftirt werden.

Stefan Leist (14 Jahre, aus Marpingen, Neffe des Jakob L.). Einer der drei Jungen, welche bei Zeugen Eberschweiler die Drahtseile holten, womit die Gnadenstelle eingezäunt wurde, sie waren damit von Anton Hahn beauftragt, dem sie auch die Drahtseile an sein Haus und nach, wie sie früher angaben, an den Mann brachten. Bestreitet, warum er früher anders gesagt, als heute, sagt der Junge, der Hahn habe ihn belehrt, er solle so sagen. Es wird diese Aeußerung konstatirt, und der Präsident sagt dem Zeugen, daß wenn er, was nicht der Fall war, vereidigt gewesen wäre, er früher einen Meineid geleistet hätte. Präsident giebt bei dem ferneren Verhör wiederholt seiner Entrüstung über den bösen Willen vieler Zeugen Ausdruck. Nachdem er vor dem Untersuchungsrichter gesagt, Hahn habe sie belehrt, sie sollten sagen, daß sie den Draht an den Wald gelegt hätten, weiß der Junge nicht. Hahn hatte aber hierzu allen Grund; er wollte nicht, daß man sagen solle, er habe die Umzäunung veranlaßt. Präsident bemerkte noch, es sei traurig, daß man solche Erfahrungen mit Marpinger Zeugen machen müsse.

Joh. Jak. Leist (Bruder des Vorigen), ebenfalls unbeeidigt, bekundet über das Drahtholen wie sein Bruder, namentlich, daß der Draht ins Haus Hahn's gebracht wurde, und daß Letzterer sagte, sie sollten vor dem Untersuchungsrichter sagen, sie hätten den Draht am Walde niedergelegt.

Fern Reckenwald (15 Jahre alt) wird vereidigt und eindringlich ermahnt, die Wahrheit zu sagen, bekundet ebenfalls über das Drahtholen, wozu er auch von Hahn die Auftrag erhielt, der ihn beredete, den Untersuchungsrichter wie die anderen Jungen zu belügen.

Anton Hahn über seine Einwirkung auf die drei Jungen befragt, welche wären die Jungen mündig gewesen, fast wie Verleitung zu einem Meineid gleichkäme, weiß nichts zu sagen. Präsident sagt zu ihm, das wäre doch eine Schande für einen Mann, der die Muttergottes gesehen haben wolle.

Die Eheleute Schreiner Kuhn von Neipel waren am 13. Juli an der Gnadenstelle Abends und Morgens, bevor die Soldaten kamen, sahen Kreuz und Muttergottesbild, Kerzen brennen an der Stätte; Geld wurde viel geopfert und in Kaulen gelegt. Eine Frau scharrte das Geld mit Erde zu; es sei viel Geld gewesen. Zeugen vermögen aber nicht mehr die betreffende Frau unter den Beschuldigten zu erkennen.

Franz Bingemer, Färber aus Tholey, war am 13. in Marpingen, sah dort einen gewissen Staudinger, der vor kurzem über wegen Betrugs zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt wurde, mit seinem Wagen herumfahren, in dem ein verkrüppeltes Kind saß, welches der Betrüger als von der Muttergottes geheilt ausgab. Zeuge visirte das Kind und fand, daß von einer Heilung keine Rede sein könne. Vertheidigung konstatirt, daß die vom Zeugen bekundete Thatsache in gar keiner Verbindung zu gegenwärtigem Prozeß stehe. Präsi. wendet ein, daß das wohl der Fall sei, weil ein beschlagnahmter Brief Neurenther's an Staudter bei den Akten sei; über die Relevanz der erhobenen Thatsache könne später plaidirt werden, vorläufig aber diene sie zur Aufklärung, auf welche Weise die Wunder zu Stande gebracht worden seien. Auch komme hier der Umstand hinzu, daß Staudter nicht einmal, sondern zweimal Wunder in Szene setzte. Jedoch wird das Gericht schließlich, über Staudter nur 3 Zeugen zu vernehmen.)

Lehrer Faß machte nähere Mittheilung über die Art, wie Staudter das Publikum täuschte, wie der Schwindel entdeckt wurde. Staudter lag mehrere Jahre (1875 — 1878), mit einem Kinde auf einem Wägelchen, Almosen sammelnd, in der Gegend umher. Zeuge beschreibt eine Szene in einem Wirthshause zu Marpingen, wo Staudter das gänzlich gelähmte Kind aus dem Wägelchen hob und behauptete, die Mutter Gottes habe es geheilt, er sammelte und erhielt reichlich Geld; der Vorfall machte das größte Aufsehen. Zeuge, der der kläglichen Szene zusah, suchte vergeblich, vielen Leuten den Schwindel begreiflich zu machen.

Gendarm Mende traf den Staudter am 2. September 1877 abermals in Marpingen, inmitten einer Menschenmenge, der er zurief, sie solle sehen, wie die Muttergottes das Kind geheilt, das er mit einer Frau wie eine Marionnette an der Hand führte. Zeuge sagte dem Manne, er solle das Kind gehen lassen, das Zeuge dann auf den Boden legte, das Kind war vollständig lahm. Zeuge forderte die Menge auf, sich zu überzeugen, daß hier kein Wunder vorläge. Vier Geistliche waren zugegen, der Meter sich Notizen über den Vorfall; dieselben hörten ganz gut, was Zeuge wollte, entfernten sich aber, ohne nach dem Kinde zu sehen. (Vertheidiger will hier nochmals konstatirt wissen, daß der Fall Staudter in keinem Zusammenhang mit den Beschuldigten, namentlich nicht mit den Geistlichen, stehe. Staatsbehörde glaubt, die Beurtheilung einer solchen Konstatirung wird, wenn das sofortem Urtheil der vorgesetzten Präsident erinnert daran, daß ein Brief Neurenthers an Staudter sich bei den Akten befinde.)

(Folgt Verlesung des Briefes. Der Pastor fragte darin Staudter, ob es wahr sei, daß ihm zu Marpingen bei Ankunft der Soldaten 3 Säbelhiebe beigebracht worden seien.) Vertheidiger will konstatiren haben, daß der Brief des Pastors weiter nichts als eine Anfrage wegen etwa vorgekommener Militairexzesse enthalte.

Lehrer Claus zu Alsweiler berichtet über die Vorfälle an der Gnadenstelle am Nachmittag des 12., er sah auch den Vorfall mit Staudter; Zeuge erhielt unter seiner Adresse 5—6 Briefe Dicke's an Schneider; fragte Pastor Schneider in den ersten Tagen der Erscheinung über sein Urtheil in der Sache, worauf dieser sagte, er könne jetzt noch gar kein Urtheil abgeben, sondern wolle abwarten, was daraus würde. Zeuge wird entlassen.

(Pastor Schneider giebt zu, mit Dicke verabredet zu haben, daß sie sich einander unter der Adresse des eben vernommenen Zeugen schreiben wollten, um Zusammlungen und Geschlagnahme fürchteten. Der Brief Schneiders wegen Einholung eines juristischen Gutachtens über die Erklärung betreffs angeblicher Heilung des Kirsch'schen Kindes, sowie das Schreiben Schneider's an Kaplan Dicke wurden nochmals verlesen.)

Es werden hierauf Leute aus Niederhofen (Sofe) und Johann Weith aus Dittsweiler (Sofe) vernommen, welche am 13. Juli 1876 an der Gnadenstätte waren; unterwegs begegneten ihnen 3 Geistliche, welche aus dem Walde heimgingen; die Zeugen sahen, daß an der Gnadenstelle ziemlich viel Geld geopfert wurde, sie wissen aber nicht, wer dasselbe in Empfang nahm, und können unter den Beschuldigten auch keinen der Geistlichen rekognosziren, die ihnen begegnet waren. Da die Zeugen bei Vorschein, das viel weniger Geld sei in sog. Kaulen in die Erde gelegt worden, will die Vertheidigung konstatiren lassen, daß die Kaulen dadurch entstanden, daß die Leute Erde wegnahmen; der letzte Zeuge sagt indeß, daß das Opfergeld am Rande der Kaulen lag.

Conrad Schäfer, Ackerer aus Dirmingen, war am 12. oder 13. Juli an der Gnadenstelle, auch er sah, daß viel Geld geopfert wurde, welches zwei 16jährige Mädchen in Empfang nahmen; er sah auch Männer, welche Erde ausgruben; ob Reckenwald einer dieser Männer war, kann sich Zeuge, trotzdem ihm der Beschuldigte vorgestellt wird, nicht mehr erinnern.

(Sitzung vom 11. März, 9 Uhr.)

Gendarm Jonen wird darüber vernommen, was die gestern von ihm verhaftete und in's Arresthaus gebrachte Zeugin Wittwe Blies geäußert hat, worauf Zeuge bekundet, die Frau habe ihm zweimal gesagt: „Das ist der Weg für mich zum Himmel."

Einer der 4 Beschuldigten (Nikolaus Leist), welche die Erscheinung am 6. Juli gehabt haben wollen, wird betragt, ob der Mitbeschuldigte Hahn damals mit ihm gesagt, daß er auch die Erscheinung gehabt, wovon Beschuldigter nichts weiß. Hahn, vorgerufen, wird befragt, ob er seine Aeußerung, er habe die Erscheinung der Muttergottes am 6. gehabt, nicht erst gethan, als die 3 anderen Männer aus der Haft entlassen waren, was er nicht widersprechen kann. Präsident bemerkt noch, es scheine somit, daß Hahn nicht aus Gewissensdrang, sondern weil er dachte, wenn die 3 Männer straflos blieben, so könne er es auch sagen. Es kennzeichne dies den Beschuldigten, dem ja gestern nachgewiesen, daß er die 3 Jungen, welche Draht holten, zu falschen Aussagen veranlaßte und sogar versuchte, den Bürgermeister Woytt durch diese Jungen zu verdächtigen.

(Die Erklärung der 4 Männer nach der Broschüre Tholeys wird verlesen.) Beschuldigter Klotz wird befragt, ob er das Schriftstück unterschrieben, sagt ja, aber ohne es zu kennen, hörte es in seinem Hause vorlesen, aber verstand es nicht. Klotz sah auch einen leuchtenden Zweig, der sich aber beute als ein Stückchen Holz herausstellte, welches im Dunkeln leuchtete, von einem Zweig mit Blättern sei keine Rede; ob er Dr. Thömes hiervon sprach, wisse er nicht, ihn dies gesagt zu haben, während er früher dem kleinen Mann mit schwarzem Wollbart und blauer Brille (Dr. Thömes) nichts gesagt haben will. Dr. Thömes macht zur Aufklärung der Sache und um seine bona fides darzuthun, die Mittheilung, daß er die Männer in das Pfarrhaus rufen ließ, den Klotz, der nicht kam, habe er in diesen Hause besucht.

Pastor Kuhn giebt zu, einmal auf der Gnadenstelle gewesen zu sein.

Zeugin Frau Bingemer aus Tholey (eindringlich ermahnt). Hat am 6. August 1876 im Hause der Wittwe Kunz übernachtet, pflegte die kranke Margaretha Kunz, will aber ganz zufällig ins Haus gekommen sein. Zeugin wohnte auch der Messe für die Kranke Kunz bei und sah dem Kinde die Begräbnung gebracht wurde. Mit dem Kinde will sie niemals über die Erscheinungen gesprochen haben.

Kathar. Groß, 36 Jahre, Näherin zu Oppelborn: War ebenfalls in Marpingen im Hause der Wittwe Kunz über Nacht, fand dort 5 Frauen, welche Bildchen und Büchelchen gekauft hatten, wofür jede 25 Sgr. bezahlt hatte. Zeugin kann weder die Wittwe Kunz noch die Leist rekognosziren.

J. Schabler, Wirth in Tholey: Bekundet über Vorfälle an der Gnadenstelle am 13., hörte, daß eine Frau den Leuten sagte, die Muttergottes könne heute nicht kommen, worauf Zeuge heimging. Zeuge sah viel Geld am Postamente des Kreuzes liegen, und zwar in einer solchen Masse, daß man einen Karrofteschen füllen konnte. Zeuge sah nicht, daß die Kinder Geld nahmen; die Frau glaubt Zeuge nicht wieder erkennen zu können, wenn sie ihm vorgestellt würde.

Anna Marie Gehler, geb. Dieudonné, aus Tholey: Sah am 13. zwei Weiber mit einem Korb voll Blumen das Kreuz an der Gnadenstelle schmücken, die Weiber hielten zugleich Ordnung in der Menge, und eine der Frauen habe gesagt, die Muttergottes komme heute nicht. Zeugin kann keine der Beschuldigten als eine der Frauen rekognosziren.

Jakob Künzer, Polizeidiener, aus Landsweiler: Holte am 13. seine Frau und Kind von der Gnadenstelle ab. Sah zwei Männer, welche Erde am Kreuz ausheben und solche unter die Umstehenden warfen. Einer der Männer forderte auf, Zeugen auch zu beten. Zeuge sah auch Geld an der Stelle.

Auf zwei weitere Zeugen, welche über Geldopfer bekunden sollen, wird verzichtet.

Zeuge Mich. Scherer, Ackerer zu Ueberroth, sah am 13. Juli 1876, daß ein junger Mann an der Gnadenstelle Ordnung hielt, Erde unter die Anwesenden verstreute. Hinter ihm stand eine graugekleidete Frau, welche eine Lebertasche trug, in welche, wie man Zeugen sagte, die Opfer gethan werden sollten. Zeuge hörte, daß einzelne Pilger 5 bis 10 Thaler opferten, hörte, daß das Geld, als das Militair kam, von am Kreuze anwesenden Personen wegenommen worden sei und nach Marpingen gebracht wurde. Zeuge kann unter den beschuldigten Frauen keine als diejenige erkennen, welche die Lebertasche trug.

Auf Ersuchen Schmitz, Lehrerin zu Tholey, war am 8. Juli bei ihrer Kollegin Andrés auf Besuch, fragte Letztere, was sie von der Sache halte, worauf sie sagte, sie könne nichts sagen. Im August besuchte die Andrés die Zeugin, welcher sie erzählte, sie sei in St. Wendel in Untersuchung gewesen und die Kinder hätten in der Schule die Muttergottes wieder gesehen, Zeuge habe dieselben aber verloren, es den anderen Kindern mitgetheilen.

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

* (Die Ermordung des Arztes Doktor Mühlbauer) in Wien ist jetzt in so weit aufgeklärt, als nachgewiesen erscheint, der Mörder habe die blutige That im Wahnsinn begangen. Koffler, so heißt der Mörder, war bereits 1864/65 im Irrenhause, das er als geheilt verlassen hatte. Jetzt scheint der Wahnsinn plötzlich bei ihm wieder ausgebrochen zu sein und ihn zu der blutigen That geführt zu haben.

(Zu dem transatlantischen Kabel-Jubiläum) hat Mr. Cyrus Field Einladungen mittelst kunstvoll verzierter Karten ergehen lassen, deren Gruppenbilder die Bedeutung des Weltbriefe verbindenden Verkehrsmittels symbolisch darstellen. Auf Seite 1 ist unten oben sein Wappen mit dem Wahlspruche: Sans Dieu Rien, umgeben von den Bannern Nordamerikas und Großbritanniens. An den vier Ecken sind, von Kabeltauen umgürtet, hübsche Medaillons angebracht, welche die vier Weltheile Europa, Asien, Amerika und Afrika in charakteristischen, dem Prinz Albert-Denkmal in Hyde-Park entlehnten Gruppen darstellen. Den Schluß bilet,